



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

22. Jahrgang · Heft 5

Mai 1970

Grafik des Monats: Kommunalwahl 1970

Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt 1969
Baumschulen, Blumen und Zierpflanzen
Umsätze 1968

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

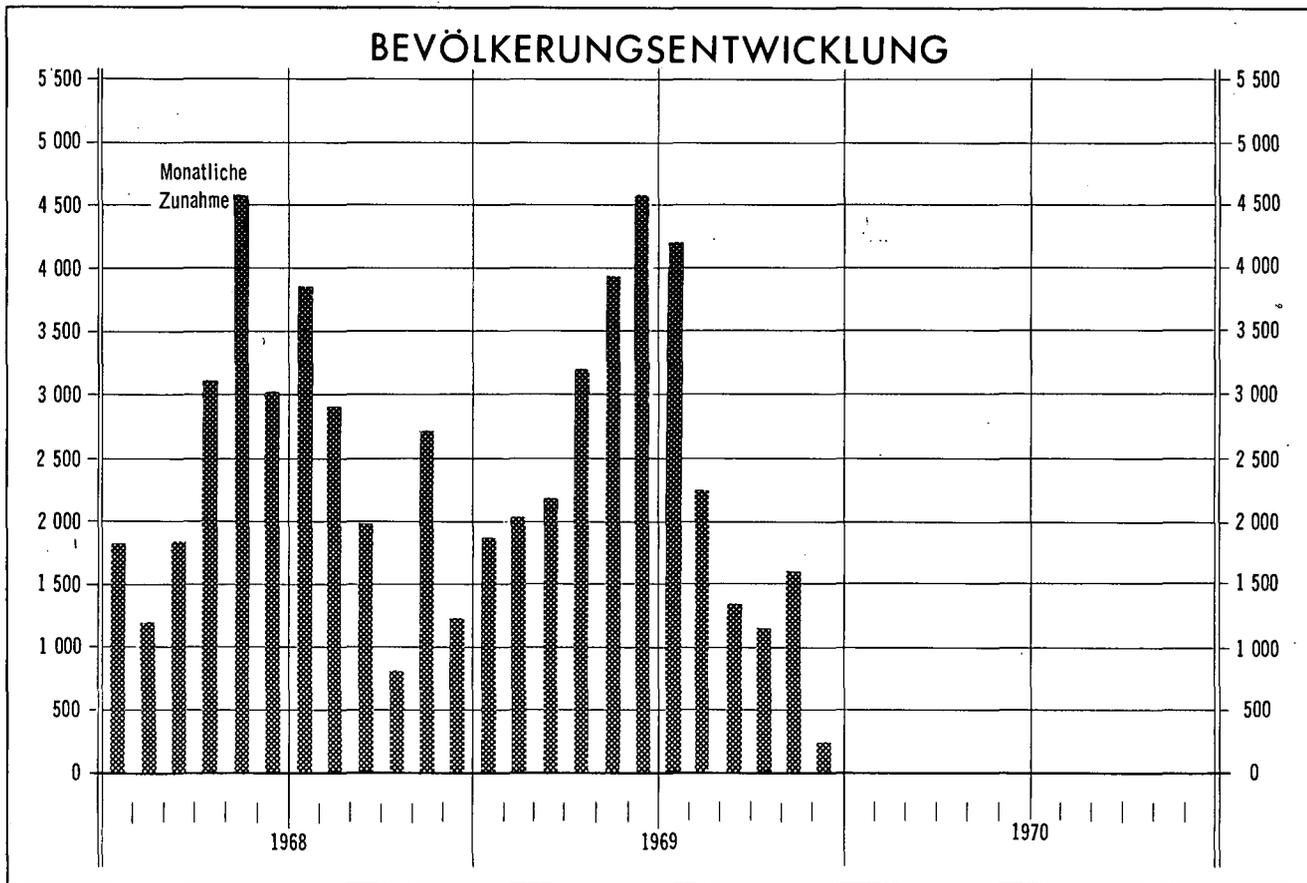
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

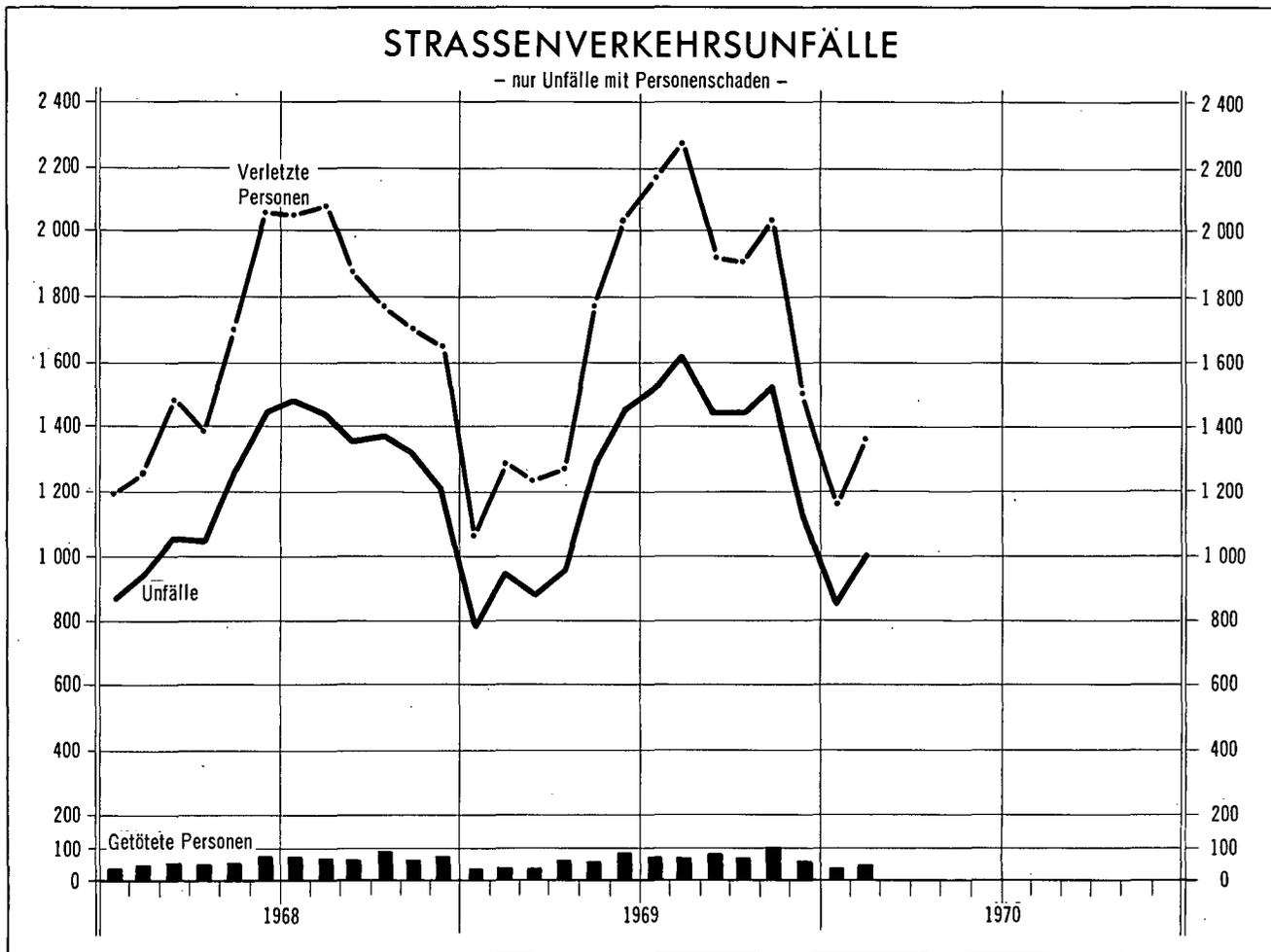
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4133

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE

- nur Unfälle mit Personenschaden -





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

22. Jahrgang · Heft 5

Mai 1970

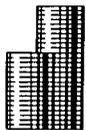
Aktuelle Auslese



**CDU und SPD erhielten fast 90 %
der Stimmen (vorläufiges Ergebnis)**

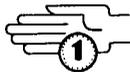
Bei der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den Kreisen am 26. April 1970 konnten CDU und SPD zusammen 88,9 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Die CDU erhielt 45,4 % und die SPD 43,5 %. Die CDU verbesserte sich gegenüber 1966 um 0,3 Punkte und die SPD um 3,7 Punkte. Von den übrigen Parteien konnte nur die FDP die 5%-Hürde überspringen; sie erreichte 5,7 % (- 4,1 Punkte). Die NPD, die 1966 nicht kandidierte, erreichte 2,4 %, und die Anteile des SSW und der Wählergruppen sanken von jeweils 2,2 % auf 1,7 % und 1,2 %.

Die Wahlbeteiligung hat sich gegenüber der letzten Kommunalwahl von 68,7 % auf 72,4 % verbessert. Sie nähert sich damit der Beteiligung bei den Landtagswahlen (1967: 74,1 %). Sie liegt aber immer noch weit unter der bei Bundestagswahlen (1969: 86,0 %).



**Schuldenstand
auf 4,3 Mrd. DM angewachsen**

Der Schuldenstand des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich am Jahresende 1969 auf 4,3 Mrd. DM. Er ist damit gegenüber dem Stand Ende 1968 um 183 Mill. DM oder 4,5 % angewachsen. Den Hauptanteil an dem Zuwachs haben die Gemeinden. Ihr Schuldenstand stieg um 120 Mill. DM oder 8,2 % auf 1,58 Mrd. DM und der des Landes um 63 Mill. DM oder 2,4 % auf 2,68 Mrd. DM. Die Schuldenaufnahme des Landes ging gegenüber 1968 von 282 Mill. DM auf 180 Mill. DM zurück, die Schuldenaufnahme der Gemeinden stieg von 201 Mill. DM auf 225 Mill. DM.



**Gemeindefinanzreform
verbessert Gemeindeeinnahmen**

Die Gemeindefinanzreform brachte den schleswig-holsteinischen Gemeinden für das 1. Vierteljahr 1970 eine Zunahme von 19,6 Mill. DM oder 17,3 %. Die Gemeinden mußten eine Gewerbesteuerumlage von 26,6 Mill. DM abführen und erhielten dafür einen Anteil an der Einkommensteuer in Höhe von 46,2 Mill. DM. Die kreisfreien Städte konnten 4,7 Mill. DM oder 10,6 % und die kreisangehörigen Gemeinden 14,9 Mill. DM oder 23,3 % an Mehreinnahmen verbuchen.



**Der Geburtenüberschuß
ist kleiner geworden**

Im Jahre 1969 wurden in Schleswig-Holstein 40 381 Kinder lebend geboren, 3 452 weniger als 1968. Die Zahl der Gestorbenen hat demgegenüber leicht zugenommen, und zwar von 32 159 auf 32 468. Die Differenz zwischen der Zahl der Geborenen und der der Gestorbenen ist in den letzten Jahren immer kleiner geworden. 1966 hatte der Geburtenüberschuß 16 119 Personen betragen, 1969 waren es nur noch 7 913 Personen.



Über eine halbe Million Pkw

Am 1. Januar 1970 gab es in Schleswig-Holstein 662 000 zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge, rund 49 000 Fahrzeuge (8 %) mehr als Anfang 1969. Damit war die Zuwachsrate höher als 1967 und 1968. Auch 1969 ist die Zunahme im wesentlichen auf den Anstieg des Pkw-Bestandes zurückzuführen, der um knapp 46 000 (9 %) Fahrzeuge auf 540 000 Pkw anwuchs.

Aus dem Inhalt

Bruttoinlandsprodukt 1969

Seite 111

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre ab 1960 wurden revidiert. Mit den revidierten Ergebnissen für 1967 und 1968 werden zugleich die ersten Ergebnisse für 1969 vorgelegt. Der schon 1968 bemerkbare Wirtschaftsaufschwung setzte sich 1969 mit größeren Wachstumsraten fort. Das BIP hatte im Bundesgebiet schon 1968 um 8,7 % über dem Vorjahresergebnis gelegen, 1969 jedoch um 11,5 % über 1968. Die Zuwachsraten in Schleswig-Holstein haben in beiden Perioden tiefer gelegen, von 1968 auf 1969 betrug der Zuwachs 9,8 %. Hierin liegt der Ausgleich dafür, daß die Rezession dieses Land weniger hart getroffen hatte als die meisten anderen Bundesländer. Im Mittel des Zeitraumes 1965 bis 1969 wies Schleswig-Holstein eine etwas höhere jährliche Zuwachsrate auf als das Bundesgebiet. Hinter den genannten nominalen Zuwachsraten steht auch ein beachtliches reales Wachstum, wie die Berechnung in konstanten Preisen erkennen läßt: im Bund 1968 7 % und 1969 7,9 %, in Schleswig-Holstein 6,8 % und 5,7 %. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen vollzog sich die konjunkturelle Entwicklung mit unterschiedlichen Wachstumsraten. Die höchsten Zunahmen ergaben sich von 1967 auf 1968 im Dienstleistungs- und im warenproduzierenden Gewerbe, 1968/69 dagegen im Bereich "Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter". Beschleunigt hat sich das Wachstum in diesen Perioden auch im Handel und Verkehr, während es in der Land- und Forstwirtschaft zurückging.

Seite 114

Baumschulen, Blumen und Zierpflanzen

Die Baumschulflächen sind nach wie vor im Kreis Pinneberg konzentriert, wo 1969 3 690 ha von 4 255 ha im ganzen Land festgestellt wurden. Innerhalb dieses Kreises ist eine langsame Verlagerung vom südlichen Bereich (Halstenbek/Wedel) in den Raum Elmshorn/Ellerhoop zu beobachten. Die Anzuchtflächen für Obstgehölze gehen seit Jahren zurück, die für Ziergehölze und Rosen steigen. Besonders die Rosenunterlagen waren 1969 mit 100 Millionen (gleich 95 % der Erzeugung im Bundesgebiet) sehr zahlreich. Neue Anzuchtmethoden (Pflanzcontainer und Kunststoffbeutel) gestatten ein Verpflanzen fast zu jeder Jahreszeit. Trotz gestiegener Versandkosten und verstärkter Konkurrenz im EWG-Raum konnte die schleswig-holsteinische Baumschulwirtschaft ihre wachsende Produktion im allgemeinen befriedigend vermarkten. Einen Rückschlag erlebte jedoch der Export. Die Ertragslage, insbesondere bei den Forstbaumschulen, verschlechterte sich. – Im Zierpflanzenbau ist der Teil der Freilandfläche, auf dem Rohware erzeugt wird, weiter eingeschränkt worden, während die Schnittblumenfläche wieder etwas ausgeweitet wurde. Erheblich zugenommen hat der Anbau von Chrysanthemen, nach denen eine wachsende Nachfrage besteht. Dafür werden fast keine Maiglöckchen mehr verlangt. Der Zierpflanzenbau unter Glas hat sich seit 1950 kontinuierlich ausgeweitet. Auch hier steht die Ausweitung bei den Chrysanthemen im Vordergrund, die durch künstliche Steuerung der Tageslänge fast zu jeder Zeit des

Jahres zur Blütenbildung veranlaßt werden können. Die Verkaufserlöse im Zierpflanzenbau sind relativ wenig angestiegen, weil die Erzeugerpreise infolge einer anhaltenden Mengenkonjunktur gedrückt werden. Gewisse Symptome einer Überproduktion bei einzelnen Arten sind nicht zu verkennen.

Umsätze 1968

Seite 121

Die hier vorgelegten Ergebnisse sind die ersten, die sich auf die Mehrwertsteuer beziehen. Der Systemwechsel von der alten Allphasen-Bruttoumsatzsteuer auf die neue Mehrwertsteuer bedeutet eine so tiefgreifende Änderung, daß ein unmittelbarer Vergleich dieser neuen mit früheren Ergebnissen nicht möglich ist. So wurde die Bemessungsgrundlage vom gesamten Umsatz jeder einzelnen Stufe der Herstellung und Verteilung auf den jeweils geschaffenen Wertzuwachs umgestellt. Technisch geschieht dies durch den Vorsteuerabzug. Folgerichtig müssen die Umsätze jetzt getrennt nach Nettobetrag und bereits entrichteter Umsatzsteuer nachgewiesen werden. Auch in der Umsatzsteuerstatistik wird das Nettoprinzip angewendet (steuerbarer Umsatz). Ferner wird die Steuer nicht mehr nach den IST-, sondern nach den SOLL-Einnahmen berechnet, also dann, wenn die Leistung erbracht und in Rechnung gestellt ist. Dies hat Einfluß darauf, in welchem Zeitabschnitt ein Umsatz in der Statistik erscheint. Schließlich bewirkt auch die Sonderregelung zur Entlastung der Altvorräte eine Störung des Verhältnisses zwischen Steuervorauszahlung und steuerbarem Umsatz im Jahre 1968. Alle diese Momente und noch andere bedeuten einen solchen Bruch in der Zeitreihe der Umsatzsteuerergebnisse, daß dieses Ergebnis von 1968 weder für Vergleiche mit früheren noch für solche mit kommenden Jahren geeignet ist.

Die Finanzämter meldeten 60 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. 39 % von ihnen waren im Handel tätig, 28 % im produzierenden Gewerbe, 25 % in den Dienstleistungen. Der gesamte steuerbare Umsatz belief sich auf 29 Milliarden DM. Von dieser Summe fallen 48 % in den Handel, 42 % in das produzierende Gewerbe und 7 % in die Dienstleistungen. Der Umsatzanteil des produzierenden Gewerbes ist deutlich geringer als in den anderen Bundesländern, worin einmal sicher die wirkliche Situation der Industrie in Schleswig-Holstein zum Ausdruck kommt, zum andern aber auch die Erhebung der Umsatzsteuer am Sitz des Unternehmens – nicht des Betriebes – sich für das Land mindernd auswirkt, denn infolge zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung befinden sich die Unternehmenszentralen immer häufiger außerhalb unseres Landes. Der Umsatzanteil des Handels dagegen liegt hier erheblich höher als in den anderen Bundesländern. Das Umsatzsteuervolumen vor Abzug der Vorsteuer betrug 2,3 Milliarden DM. Hiervon entfallen auf die Vorsteuerabzüge 1,8 Milliarden, auf die Steuer für den Selbstverbrauch 58 Millionen DM und auf die Entlastung der Altvorräte 155 Millionen DM. Die Zahllast stellte sich für 1968 auf 397 Millionen DM. Diese geringe Summe ist durch Einführung des neuen Steuersystems bedingt, schon für 1969 verbuchten die Kassen der Finanzverwaltungen über 800 Millionen DM Einnahmen an Umsatzsteuer.

Bruttoinlandsprodukt 1969

Hiermit werden für das Jahr 1969 die ersten vorläufigen Ergebnisse des Bruttoinlandsprodukts im Lande Schleswig-Holstein veröffentlicht. Zugleich werden die ersten Ergebnisse der Revisionsarbeiten am Bruttoinlandsprodukt der Jahre 1967 und 1968 vorgelegt.

Das Statistische Bundesamt hat die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik für die Jahre 1960 bis 1968 revidiert¹, um sie den aktuellen Anforderungen anzupassen, insbesondere denjenigen der internationalen Vergleichbarkeit. Außerdem konnten die bisherigen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen teilweise durch inzwischen gewonnene Ergebnisse aus Statistiken verbessert werden, die in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden (zum Beispiel Kostenstrukturstatistiken). Der Einbau des neugewonnenen statistischen Materials in das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bedingte vielfach eine Umstellung der Berechnungsmethoden sowie Änderungen in den Konzepten und Definitionen. Hinzu kommt die Umstellung der Berechnung in konstanten Preisen von der Basis 1954 auf 1962.

Auch auf Länderebene wird zur Zeit unter anderem an der Revision der Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts der Jahre 1960 bis 1968 gearbeitet. Als erste Schritte wurden das Bruttoinlandsprodukt in den Ländern für die Jahre 1967 und 1968 mit den revidierten Bundesergebnissen abgestimmt sowie die Berechnung in konstanten Preisen auf die neue Basis 1962 umgestellt. Es ist darauf hinzuweisen, daß die hier vorgelegten Ergebnisse vorläufig sind; sie können im Zuge der fortschreitenden Revisionsarbeiten noch Änderungen erfahren. Außerdem sei betont, daß diese Zahlen mit den Angaben für das Bruttoinlandsprodukt 1960 bis 1966, die bisher veröffentlicht wurden, nicht vergleichbar sind.

Wirtschaftsentwicklung im Zeichen des Aufschwungs

Der schon 1968 nach der Überwindung der Rezession des Jahres 1967 im Bundesgebiet zu verzeichnende Wirtschaftsaufschwung setzte sich 1969 mit noch größeren Wachstumsraten fort. Gesamtwirtschaftlich war die konjunkturelle Situation der Bundesrepublik 1969 durch das Bestehen einer "inflationären Lücke" gekennzeichnet, das heißt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage überstieg das gesamtwirtschaftliche Angebot. Als Folge

davon stiegen zahlreiche Preise im Konsum- und Investitionssektor. Die Produktionskapazitäten waren bei einer minimalen Arbeitslosenquote größtenteils bis an die Kapazitätsgrenzen ausgelastet. Auch steigende Auftragsbestände und lange Lieferzeiten kennzeichneten die konjunkturelle Lage in der Bundesrepublik im Jahre 1969. Durch einen verstärkten Einsatz ihres wirtschaftspolitischen Instrumentariums versuchte die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank die Preissteigerungen zu bremsen. Insbesondere durch die Aufwertung der Deutschen Mark im Herbst 1969 sollten der Nachfragedruck aus dem Ausland gemildert und durch zusätzliche Importe das gesamtwirtschaftliche Angebot erhöht werden.

Der wirtschaftliche Aufschwung aus der Rezessionsperiode 1966/67 bis zum Jahr 1969 läßt sich anhand der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts sehr gut verfolgen. Bekanntlich stellt das Bruttoinlandsprodukt ein Maß für die gesamte wirtschaftliche Leistung dar, die innerhalb einer Region erbracht wurde, unabhängig davon, ob an ihrer Erstellung "Inländer" oder "Ausländer" beteiligt waren.

In der Bundesrepublik stieg das Bruttoinlandsprodukt von 1966 bis 1967 nominal nur um 0,8%. Dies bedeutet, daß selbst in der Phase der Rezession noch eine positive Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen war. Rezession bedeutet also heutzutage nicht mehr unbedingt eine Abnahme des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr, sondern man spricht auch schon dann von Rezession, wenn lediglich die positive Wachstumsrate zurückgeht. Auf diese Phase der Rezession folgte ein außerordentlich kräftiges Wirtschaftswachstum. Das Bruttoinlandsprodukt lag im Bundesgebiet 1968 schon um 8,7% über dem Ergebnis des Vorjahres und übertraf 1969 sogar das Ergebnis von 1968 um 11,5%. Diese Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde in keinem Jahr seit 1961 erreicht. Von 1967 bis 1969 hat das Bruttoinlandsprodukt im gesamten Bundesgebiet jährlich durchschnittlich um gut 10% zugenommen. Während das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik 1967 noch 496,1 Milliarden DM betrug, belief es sich 1969 schon auf 601,4 Milliarden DM. Dies entspricht einer absoluten Steigerung von mehr als 100 Milliarden DM. Anders ausgedrückt: Das Bruttoinlandsprodukt im gesamten Bundesgebiet lag 1969 um ungefähr so viel über dem Ergebnis des Jahres 1967 wie die Summe des gesamten Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Berlin

¹) siehe: Wirtschaft und Statistik 1970, S. 57 ff. (Februar)

Das Bruttoinlandsprodukt 1967 bis 1969 nach Wirtschaftsbereichen
- in jeweiligen Preisen -

Jahr	Schleswig-Holstein					Bruttoinlandsprodukt insgesamt	Bundesgebiet					Bruttoinlandsprodukt insgesamt
	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsgewerbe	Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsgewerbe	Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	
	- Mill. DM -											
1967 ¹	1 587	7 939	3 398	2 453	2 304	17 681	20 220	257 200	96 550	69 350	52 750	496 070
1968 ¹	1 727	8 714	3 515	2 706	2 455	18 987 ^a	20 470	288 310	102 540	75 470	56 190	539 180 ^a
1969 ²	1 796	9 628	3 822	3 024	2 775	20 848 ^a	21 800	327 350	111 560	84 080	62 410	601 400 ^a
	- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -											
1967 ¹	- 2,4	- 1,9	1,9	7,2	5,8	0,8
1968 ¹	8,9	9,8	3,4	10,3	6,6	7,4	1,2	12,1	6,2	8,8	6,5	8,7
1969 ²	4,0	10,5	8,7	11,7	13,1	9,8	6,5	13,5	8,8	11,4	11,1	11,5
	- Anteile der Wirtschaftsbereiche in % -											
1967 ¹	9,0	44,9	19,2	13,9	13,0	100	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6	100
1968 ¹	9,0	45,6	18,4	14,2	12,8	100	3,8	53,1	18,9	13,9	10,3	100
1969 ²	8,5	45,8	18,2	14,4	13,2	100	3,6	53,9	18,4	13,8	10,3	100

1) revidierte vorläufige Ergebnisse

2) erste vorläufige Ergebnisse

a) abzüglich Differenz zwischen dem Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionssteuer

(West), Schleswig-Holstein und Hamburg im Jahr 1969 ausmachte.

In Schleswig-Holstein erreichte das Bruttoinlandsprodukt 1969 nach ersten vorläufigen Berechnungen die Höhe von 20,8 Milliarden DM. Dies entspricht einer Zuwachsrate gegenüber 1968 von 9,8%. Gemessen an der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts ist Schleswig-Holstein sowohl in den Jahren 1968 gegenüber 1967 als auch 1969 gegenüber 1968 hinter der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet zurückgeblieben. Dieses auf den ersten Blick relativ ungünstige Ergebnis war jedoch in dieser Konjunkturphase zu erwarten. Es hat sich im letzten Jahrzehnt gezeigt, daß die Wirtschaft in Schleswig-Holstein weniger konjunkturrempfindlich ist als im gesamten Bundesgebiet. Dies bewirkte, daß in der Periode der wirtschaftlichen Abschwächung die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in Schleswig-Holstein höher lagen als im gesamten Bundesgebiet, in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs nunmehr dagegen niedriger sind. Bildlich gesprochen hat der Bund von 1967 bis 1969 durch seine gegenüber Schleswig-Holstein höheren Zuwachsraten nur den "Wachstumsvorsprung" aufgeholt, den unser Land in der Periode der Rezession gewonnen hatte. Betrachtet man den Zeitraum von 1965 bis 1969 (1965 war das letzte Jahr höchster wirtschaftlicher Aktivität vor der vergangenen Rezession) so errechnet sich für

Schleswig-Holstein im Durchschnitt eine etwas höhere jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts als für das gesamte Bundesgebiet.

Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen kann in zwei Komponenten aufgespalten werden, nämlich in die Preisentwicklung einerseits und die Mengenentwick-

Das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern 1967 bis 1969
- in Preisen von 1962 -

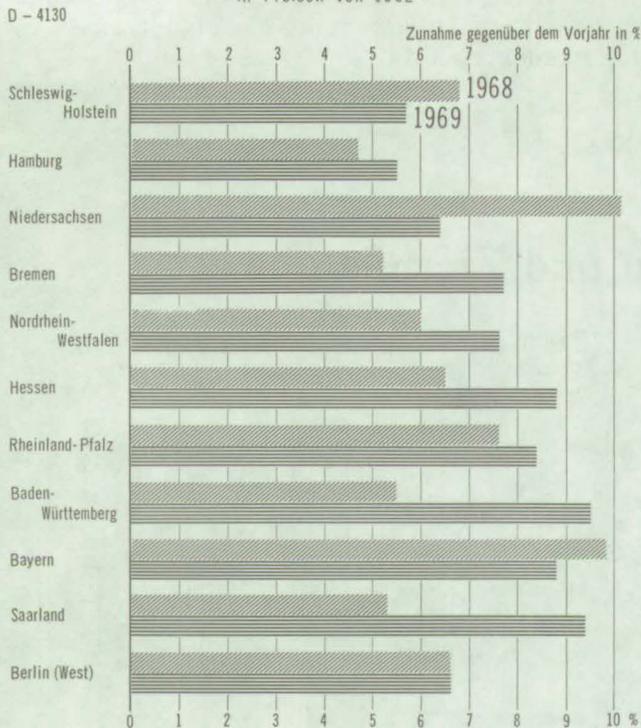
Land	1967 ¹	1968 ¹	1969 ²	Zu- oder Abnahme gegenüber dem Vorjahr	
				1968 ¹	1969 ²
	Mrd. DM			%	
Schleswig-Holstein	15,3	16,3	17,2	6,8	5,7
Hamburg	23,5	24,6	26,0	4,7	5,5
Niedersachsen	43,1	47,4	50,4	10,1	6,4
Bremen	6,8	7,2	7,7	5,2	7,7
Nordrhein-Westfalen	127,2	134,8	145,0	6,0	7,6
Hessen	40,6	43,3	47,1	6,5	8,8
Rheinland-Pfalz	22,2	23,9	25,9	7,6	8,4
Baden-Württemberg	63,1	66,6	72,9	5,5	9,5
Bayern	67,1	73,7	80,2	9,8	8,8
Saarland	6,6	7,0	7,6	5,3	9,4
Berlin (West)	16,4	17,5	18,6	6,6	6,6
Bundesgebiet	431,9	462,2	498,7	7,0	7,9

1) revidierte vorläufige Ergebnisse

2) erste vorläufige Ergebnisse

Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den Bundesländern

1968 revidierte vorl. Ergebnisse, 1969 erste vorl. Ergebnisse
- in Preisen von 1962 -



lung andererseits. Durch die Bewertung des Bruttoinlandsprodukts mit den Preisen eines Basisjahres (hier: 1962) kann man die Preisinflüsse eliminieren und das reale Wachstum gegenüber dem Basisjahr erfassen. In Preisen von 1962 übertraf das Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet 1968 das Vorjahresergebnis um 7,0% und 1969 das Ergebnis von 1968 sogar um 7,9%. In Schleswig-Holstein betrug das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 1967/68 6,8% und 1968/69 5,7%. Hinter der nominalen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts steht also ein beachtliches reales Wachstum, das jedoch entsprechend der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen in Schleswig-Holstein geringer war als im Bundesdurchschnitt.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen vollzog sich die konjunkturelle Entwicklung mit unterschiedlichen Wachstumsraten. Diese Unterschiede beruhen unter anderem auf der spezifischen Konjunkturreaktivität der einzelnen Wirtschaftszweige und auf Phasenverschiebungen in der Entwicklung der Wirtschaftszweige im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem wichen in den Wirtschaftsbereichen die schleswig-holsteinischen von den entsprechenden bundesdurchschnittlichen Wachstumsraten zum Teil deutlich ab, insbesondere weil Schleswig-Holstein eine andere Wirtschaftsstruktur besitzt als das gesamte Bundesgebiet.

Die Wirtschaftsstruktur in einer Region kann durch die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben werden. Ein Vergleich Schleswig-Holsteins mit dem gesamten Bundesgebiet zeigt für das Jahr 1969 folgende bedeutende Strukturunterschiede: In Schleswig-Holstein spielt die Land- und Forstwirtschaft mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 8,5% eine wesentlich größere Rolle als im gesamten Bundesgebiet (3,6%). Demgegenüber besitzt das warenproduzierende Gewerbe im Bundesdurchschnitt mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 53,9% ein größeres Gewicht als in Schleswig-Holstein (45,8%). Eine im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet stärkere Stellung nimmt in der Wirtschaft Schleswig-Holsteins auch der Bereich "Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter" ein. Dagegen liegen die Anteile des Handels und Verkehrs sowie des Dienstleistungsgewerbes am Bruttoinlandsprodukt in unserem Lande ungefähr ebenso hoch wie beim Bund.

1967/68 wiesen in Schleswig-Holstein das Dienstleistungsgewerbe sowie das warenproduzierende Gewerbe die höchsten Wachstumsraten auf. 1968/69 dagegen hatte sich das Wachstum im Bereich "Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter" derart beschleunigt, daß in diesem Bereich die höchsten Wachstumsraten auftraten. Eine erhebliche Wachstumssteigerung verzeichnete 1968/69 gegenüber 1967/68 auch der Bereich Handel und Verkehr, während die Wachstumsraten im Bereich Land- und Forstwirtschaft sogar rückläufig waren. Im gesamten Bundesgebiet wurde das Wachstum sowohl 1967/68 als auch 1968/69 vom warenproduzierenden Gewerbe getragen; im Gegensatz zur Entwicklung in Schleswig-Holstein erreichte hier die Land- und Forstwirtschaft 1968/69 eine höhere Wachstumsrate als 1967/68.

Diese unterschiedlichen Wachstumsraten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bedeuten jedoch nicht unbedingt, daß sich die Wirtschaftsstruktur tendenziell geändert hat. Aussagen über Strukturänderungen der Wirtschaft sind nur möglich, wenn man längere Zeitreihen für die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt vorliegen hat, so daß die konjunkturellen Einflüsse ausgeschaltet und die langfristigen Tendenzen festgestellt werden können. Der hier betrachtete Zeitraum von 1967 bis 1969 reicht für derartige Untersuchungen nicht aus. Man kann daher, ohne weitere Jahre in die Betrachtung einzubeziehen, nichts darüber aussagen, ob die Änderungen in den Anteilen der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt konjunkturbedingt sind oder einen langfristigen Entwicklungstrend anzeigen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich die Konjunktorentwicklung in Schleswig-Holstein mit geringeren Ausschlägen der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts vollzogen hat als im gesamten Bundesgebiet. Damit kommt die Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein dem wirtschaftspolitischen

Ziel eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums, wie es im § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft postuliert ist, näher als die Entwicklung der Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik.

Dr. Peter Kirschnick

Baumschulen, Blumen und Zierpflanzen

Im Gegensatz zu den in Schleswig-Holstein landwirtschaftlich geprägten Formen des Gartenbaues, dem Obst- und Gemüsebau, haben sich die intensiveren Formen der gärtnerischen Produktion, und zwar sowohl die Anzucht von Gehölzen aller Arten in den Baumschulen - ausgenommen die Forstbaumschulen - als auch der Blumen- und Zierpflanzenbau, im allgemeinen weiterhin positiv entwickelt. Das schließt graduelle Unterschiede innerhalb dieser Sparten wie auch regionale oder artenspezifische Abweichungen vom durchschnittlichen Trend nicht aus.

Leider ist eine kontinuierliche Fortschreibung aller relevanten Daten zur Beurteilung des Gartenbaues nicht möglich. Insbesondere stehen neuere Angaben über die Struktur der Betriebe und ihre Absatzverhältnisse nicht zur Verfügung. Daß die bei der letzten Gartenbauerhebung 1961 ermittelten Werte inzwischen überholt sind, bedarf keiner Erläuterung. Aktuelle Daten wird erst die für 1972 vorgesehene nächste Gartenbauerhebung liefern. Die nachstehenden Hinweise beschränken sich daher auf die Anbauentwicklung und hierauf bezogene ergänzende Daten.

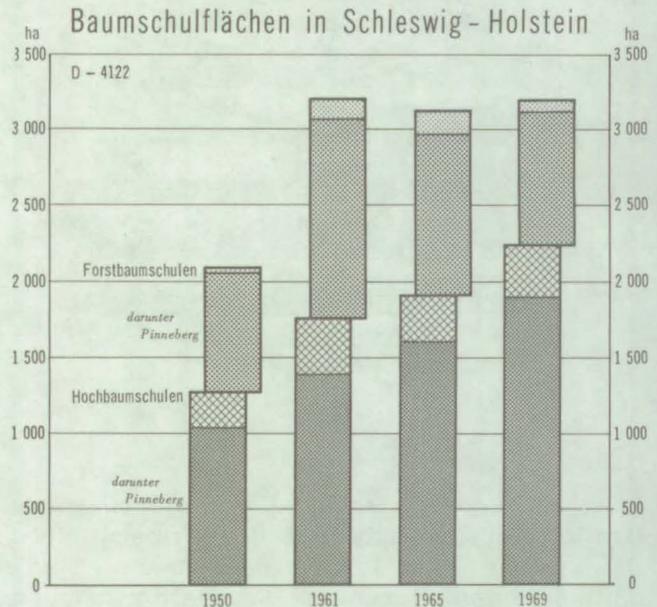
Baumschulen

Zur Unterscheidung von Forst-, Gemischt- und Hochbaumschulen sei auf frühere Veröffentlichungen hingewiesen¹. Die dort ebenfalls beschriebene Konzentration der Baumschulflächen und -betriebe auf den Kreis Pinneberg hat sich seither kaum verändert.

Baumschulflächen in ha

	1950	1961	1965	1969
Hochbaumschulen	1 264	1 759	1 913	2 245
darunter Pinneberg	1 039	.	1 603	1 896
Forstbaumschulen	828	1 447	1 214	956
darunter Pinneberg	789	.	1 063	886
Baumschulen insgesamt	2 092	3 206	3 936	4 255
darunter Pinneberg	1 827	.	3 331	3 690

¹ siehe "Baumschulen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 42 (Februar)



Innerhalb des Kreises Pinneberg kann ein langsamer Rückgang der Flächen im südlichen Bereich (Halstenbek/Wedel) und eine gewisse Ausweitung im Raume Elmshorn-Ellerhoop beobachtet werden. In dieser Verlagerung kommen die Erschwernisse im Bereich des Hamburger Umlandes zum Ausdruck, die sich aus der stärkeren Inanspruchnahme der Nutzflächen für andere Zwecke (Wohn-, Industrie- und Verkehrsbauten) ergeben.

Die Hochbaumschulen

Die bereits früher beschriebenen Tendenzen der Entwicklung und Veränderung in den Hochbaumschulen gelten auch für den letzten statistisch erfaßten Zeitraum. Ihre Bestimmungsgründe, insbesondere der Einfluß des

Anzuchtfläche in ha

	1950	1961	1965	1967	1969
Obstgehölze ¹	500	244	275	317	245
Ziergehölze ¹ und Rosen	764	1 515	1 638	1 855	2 000

¹ einschließlich Unterlagen

Wirtschaftswachstums auf die Nachfrage nach Ziergehölzen und Rosen und der Einfluß der Absatzschwierigkeiten bei Obst auf den Bedarf an Obstgehölzen, haben sich nicht grundlegend geändert. Vorstehende Übersicht spiegelt diese Umstände wider.

Daß die gesamte Obstgehölzanzuchtfläche nicht im gleichen Maße wie die Vermehrung von "Obstbäumen mit Krone" zurückging, ist auf den beachtlichen Umfang der Erzeugung von Obstunterlagen zurückzuführen.

Gehölzbestände in 1 000 Stück

	1954	1960	1964	1969
Veredelte Obstgehölze mit Krone	1 378	969	660	466
Beerenobststräucher	1 248	3 623	2 536	1 573
Obstunterlagen für Kern- und Steinobst ¹	5 730	11 889	7 684	8 130
Ziergehölze ¹	14 007	23 411	29 307	30 388
Rosen	7 802	11 756	15 603	19 072
Rosenunterlagen	16 553	49 892	73 541	100 028

1) ohne heranwachsende

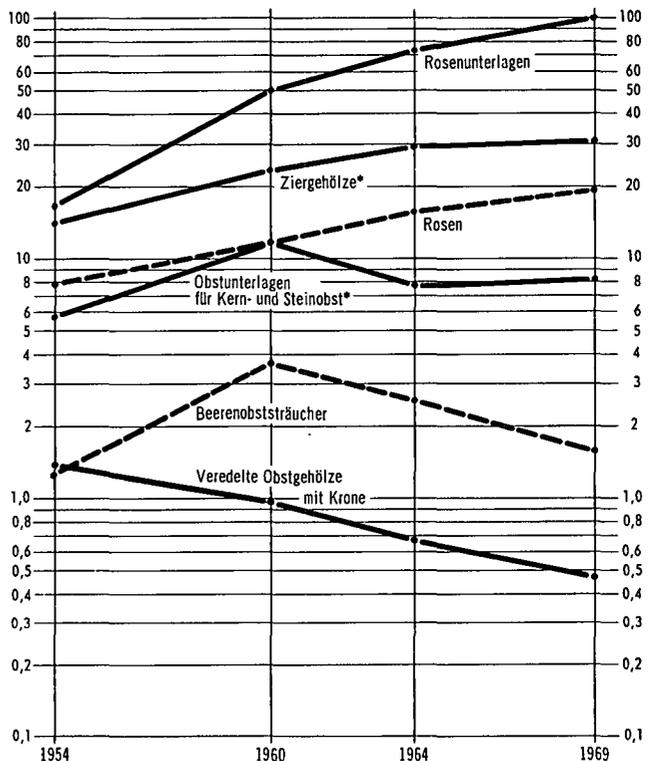
Die vorstehende Übersicht macht die besonders starke Ausweitung des Anbaues von Ziergehölzen, Rosen und Rosenunterlagen deutlich. Auch 1969 entfielen 95% der Gesamterzeugung von Rosenunterlagen in der Bundesrepublik auf Schleswig-Holstein. Der infolge der konjunkturellen Abschwächung 1966/67 eingetretene Rückgang der Vermehrung von Edelrosen konnte inzwischen wieder ausgeglichen werden.

Eine bemerkenswerte Änderung der Anzuchtmethoden stellt die Verwendung von "Pflanzcontainern" dar. Es handelt sich um - meist eckige - feste Kunststofföpfe, deren Größe

D - 4123

GEHÖLZBESTÄNDE

in Millionen Stück



*) ohne heranwachsende

von der Gehölzart und dem Entwicklungsstadium der Pflanze bestimmt wird. Daneben haben Kunststoffbeutel aus Folien eine gewisse Bedeutung. Beide Gefäßformen gestatten unabhängig von der Vegetation ein Verpflanzen zu fast jeder Jahreszeit. Ihre betriebswirtschaftlichen Vorteile liegen in der rationellen Flächennutzung sowie der vereinfachten Ernte- und Versandtechnik. Ihr Einsatz ist jedoch mit hohem Kapitalaufwand verbunden und daher nur für bestimmte Arten und Formen wirtschaftlich. Einen Eindruck vermittelt nachstehende Übersicht:

Anzucht in Pflanz-Containern

	1968		1969	
	1 000 Stück	in % der gesamten Anzucht	1 000 Stück	in % der gesamten Anzucht
Hochwachsende Nadelgehölze (ohne Hecken- und Forstpflanzen)	43	4,1	144	11
Niedrig bleibende Nadelgehölze (ohne Hecken- und Forstpflanzen)	554	30	697	31
Laubabwerfende Ziersträucher	741	6,3	1 238	11
Rhododendron	20	7,7	34	12
Immergrüne und Moorbeet-Pflanzen	368	14	567	21

Die Forstbaumschulen

Die seit 1961 rückläufige Entwicklung der Forstbaumanzuchten ist offenbar noch nicht abgeschlossen. Sie findet sowohl in den

Flächenangaben als auch in der Zahl verkaufsfähiger Forstpflanzen ihren Ausdruck.

Ein weiteres Kennzeichen dieser Entwicklung ist die - nach Arten unterschiedliche - Alters-

	1961	1964	1967	1969
Nadelgehölze in Mill. Stück	.	857	806	574
Laubgehölze in Mill. Stück	.	175	150	127
Forstbaumschulfläche in ha	1 447	.	1 122	956

zusammensetzung einzelner Bestände, denn nicht verkaufte Bestände werden weiter in Kultur gehalten und schränken so die für Neuanzucht benötigten Flächen ein. So stieg bei der gemeinen Fichte der Anteil älterer Kulturen (3jährige verschulte und älter) von 29% (1967) auf 32% der gesamten Bestände, bei der Eiche von 20 auf 22%. Diese Tendenz ist jedoch nicht einheitlich feststellbar. Offensichtlich hatte diese Entwicklung 1968 ihren Höhepunkt erreicht. Für 1969 läßt sich ein gewisser Abbau älterer Bestände und eine Ausweitung der Sämlingsanzuchten bei fast allen Laubgehölzarten und den Kiefern feststellen.

Allerdings kann der Altersaufbau der Bestände auch von anderen Faktoren beeinflusst werden. So war zum Beispiel bei Eichen die Sämlingsanzucht 1967 stark eingeschränkt worden, da Saatgut nicht in ausreichenden Mengen beschafft werden konnte. Die gute Eichen-Saatgut-Ernte 1969 läßt demnach für 1970 wieder eine gewisse Ausweitung erwarten.

Absatz und Verkaufserlöse der Baumschulen

Trotz gestiegener Versandkosten und verstärkter Konkurrenz im EWG-Raum konnte die schleswig-holsteinische Baumschulwirtschaft dank eines gut organisierten Verkaufsapparates ihre wachsende Produktion im allgemeinen befriedigend vermarkten. Einen Rückschlag erlebte jedoch der Export, ausgelöst nicht zuletzt durch währungspolitische Maßnahmen.

Gehölz-Export aus Schleswig-Holstein¹

	1960/61	1964/65	1966/67	1968/69
	Wert in 1 000 DM			
Hochbaumschulerzeugnisse	2 030	5 353	9 471	8 341
Forstbaumschulerzeugnisse	1 682	945	1 674	682
Zusammen	3 712	6 298	11 146	9 024

1) nach Unterlagen der amtlichen Pflanzenbeschau

Im Sortiment der exportierten Gehölze ist der erhebliche Rückgang der Rotbuchen (1966 bis 1969 von 1,72 auf 0,13 Millionen Stück) und Tannen (von 0,75 auf 0,34 Millionen Stück) bemerkenswert. Für beide Arten ist Frankreich als bisher wichtigstes Empfangsgebiet völlig ausgefallen. Die Belieferung der französischen Gehölzabnehmer ist weitgehend auf die Nieder-

lande übergegangen, die ihren Baumschulversand dorthin von 2,5 (1963) auf 17,0 Mill. DM (1968) steigern konnten². Auch der Export nach Skandinavien war rückläufig. Durch Franc-Abwertung und DM-Aufwertung wurde der Auslandsabsatz weiter erschwert. Die Situation am Jahresende 1969 läßt einen weiteren Rückgang der Lieferungen ins Ausland erwarten. Lieferungen nach West-Berlin und Mitteldeutschland nahmen ebenfalls ab.

Die Entwicklung der Verkaufserlöse läuft nicht parallel zur Produktionsausweitung, sondern spiegelt zugleich die Schwankungen der Preisverhältnisse und die wachsende Konkurrenz wider. Da für Baumschulerzeugnisse keine preis- oder mengenregulierenden Marktordnungen bestehen, sind die erzielten Leistungen Ergebnis eines völlig freien Wettbewerbs.

Verkaufserlös der schleswig-holsteinischen Baumschulen in Mill. DM¹

	1950	1961	1965	1967	1969
Hochbaumschulen	10,3	40,6	.	.	89,1
Forstbaumschulen	6,8	35,5	.	.	35,7
Zusammen	17,1	76,1	80,7	84,5	124,8

1) Errechnet nach: "Buchführungsergebnisse von Gartenbaubetrieben" (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Kennzahlen für den Betriebsvergleich, Arbeitskreis Betriebswirtschaftliche Beratung im Gartenbau, Hannover

Trotz dieser Leistungssteigerung verschlechterte sich die Ertragslage insbesondere in den Forstbaumschulen. Hohe Investitionen vor allem im technischen Bereich sowie steigende Lohnaufwendungen und Vermarktungskosten haben die Liquidität der Betriebe in den letzten Jahren deutlich eingeschränkt. Eine Veränderung der Nachfrage ist demgegenüber vorerst nicht zu erkennen.

Blumen- und Zierpflanzenbau

Zur Begriffsbestimmung, Struktur und regionalen Verteilung des Blumen- und Zierpflanzenbaues wird ebenfalls auf frühere Veröffentlichungen verwiesen³. Die allgemeine Erhebung 1969 läßt bemerkenswerte Änderungen gegenüber 1966 und früheren Jahren erkennen, so daß wiederum eine differenzierte Erläuterung zweckmäßig erscheint.

Der Zierpflanzenbau im Freiland

Bekanntlich umfaßt der Zierpflanzenbau im Freiland die Erzeugung sowohl von "Rohware"

2) AIPH 1969: Europäische Gartenbaustatistik Heft 17

3) "Blumen- und Zierpflanzenanbau" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 152 (Juli)

Flächen des Zierpflanzenbaues in ha

	1950	1955	1961	1966	1969
Anbau im Freiland	297	271	520	322	326
Schnittblumen unter Glas (ohne Vermehrung)	.	.	34	49	53
Vermehrung, Samenträger und Mutterpflanzen unter Glas	.	.	9,2	7,9	10,2

zur späteren biologischen Veränderung (Blumenzwiebeln, Maiblumenkeime) als auch von Fertigware zur unmittelbaren Verwendung (Stauden, Schnittblumen). Während die erstgenannte Nutzung weiter rückläufig war, wurde die Schnittblumenfläche wieder etwas ausgeweitet. Aus der gegenläufigen Entwicklung beider Formen des Freilandanbaues ergibt sich eine relative Konstanz der Gesamtfläche. Eine nennenswerte Ausweitung ist auch vorerst nicht zu erwarten.

Anbauflächen im Freiland in ha

	1950	1959	1963	1966	1969	
Zum Schnitt						
Rosen	25	17	23	31	28	
Nelken	.	.	2	1,7	2,3	
Chrysanthemen	.	.	53	35	47	
sonstige Blumen	128	109	144	109	113	
Zur Aufzucht und Vermehrung						
Blumenzwiebeln aller Art	50	101	41	36	33	
Blumenknollen aller Art			81	34	31	
Maiblumen erntefähig			7	19	15	9
Blumenstauden aller Art			.	68	36	29
Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt	-	-	-	-	47	

Besonders hinzuweisen ist auf eine erhebliche Ausweitung des Chrysanthemenanbaus, der auch im Freiland von der wachsenden allgemeinen Nachfrage profitiert, wengleich die Bedarfssteigerung vor allem auf das fast ganzjährige Angebot sogenannter "gesteuerter Chrysanthemen" aus dem Unter-Glas-Anbau zurückzuführen ist. Der seit Jahren anhaltende Rückgang der Maiblumenvermehrung ist auf die fast völlige Einstellung des Exportes und den geringen Inlandsbedarf zurückzuführen. Das blühende Maiglöckchen entspricht offensichtlich nicht mehr dem Repräsentationsbedürfnis der meisten Blumenverbraucher.

Im Rückgang der Blumenzwiebelvermehrung kommen arbeitswirtschaftliche Gesichtspunkte und die steigenden Importe aus den Niederlanden zum Ausdruck. Bemerkenswert ist der erstmalig ermittelte Umfang der "Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt" im Freiland. Er umfaßt unter anderem Forsythien, Flieder, Zierkirschen ("Mandelbäumchen") und andere. Hier nicht erfaßt ist die Gewinnung von Schmuckreisig und der Schnitt einzeln stehender Gehölze (Kastanien, Lärchen).

Der Zierpflanzenbau unter Glas

Die seit 1950 festzustellende kontinuierliche Ausweitung des Anbaues von Blumen und Zierpflanzen unter Glas hat sich auch in den letzten drei Jahren fortgesetzt, wengleich eine gewisse Verlagerung der Schwerpunkte zugunsten der Topfpflanzen zu beobachten ist.

Im Schnittblumenanbau sind nennenswerte Erweiterungen der Flächen bei Rosen, Schnittgrün, Nelken und vor allem bei Chrysanthemen eingetreten. Die Ausweitung der Chrysanthemenkultur ist insbesondere auf den bereits erwähnten Anbau "gesteuerter" Pflanzen zurückzuführen, die heute ein fast ganzjähriges Angebot dieser Blumen gestatten. Das Verfahren der Steuerung beruht auf der Feststellung, daß Chrysanthemen als sogenannte Kurztagspflanzen erst bei Unterschreiten einer bestimmten Tageslänge zur Blütenbildung neigen. Durch technische Verdunkelung kann dieser Vorgang fast zu jedem Zeitpunkt eingeleitet werden. Andererseits ist bei zusätzlicher Belichtung und entsprechenden künstlichen Klimaverhältnissen eine ganzjährige Jungpflanzenvermehrung möglich. In zunehmendem Maße werden Jungpflanzen auch in anderen Klimaräumen (z. B. Teneriffa) gewonnen.

Anbau von Schnittblumen unter Glas in ha

Pflanzenart	1955	1961	1966	1969
Rosen	2,47	3,27	5,22	6,76
Nelken	2,82	5,66	6,74	7,74
Tulpen	.	2,87	10,96	7,88
Narzissen	.	0,81	3,28	2,68
Freisien	.	3,35	2,06	1,71
Chrysanthemen	.	15,98	11,10	15,63
Schnittgrün	.	5,59	5,05	6,41
Alle anderen Zierpflanzen	.	.	4,50	3,78

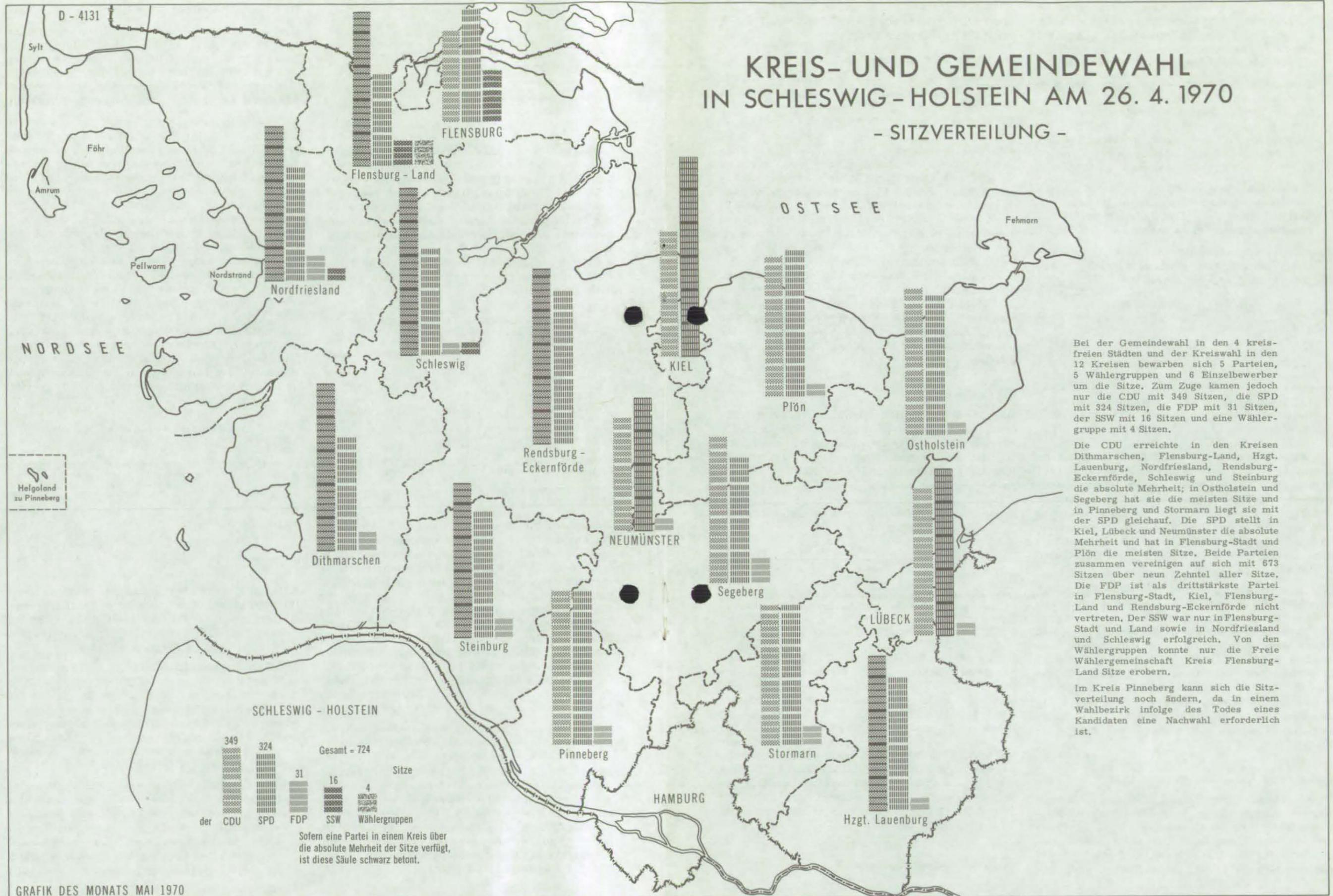
Rückläufig waren der Anbau von Zwiebelblumen (einschließlich Freisien) und Treibgehölzen. Dieser Trend folgt der seit 1966 fallenden Tendenz der Erzeugerpreise für beide Gruppen auf fast allen europäischen Märkten.

Zur Erhebungsmethode sei kritisch angemerkt, daß Zwiebelblumen in Gefäßen, das heißt in flachen Kisten, zur Blüte gebracht werden und daß daher die Flächenangabe gewisse Schätzfehler enthalten kann. Größere Fehlermöglichkeiten bestehen ferner bei der Ermittlung der Topfpflanzen-Anzuchten. Auf folgende Schwierigkeiten sei hingewiesen:

*Die Erhebung erfolgt an einem bestimmten Stichtag (Jahresmitte) über die Anzuchten des ganzen Jahres. Topfpflanzen befinden sich jedoch nur während eines bestimmten Entwicklungsabschnittes, der mit zunehmender Arbeitsteilung laufend kürzer wird, in den Betrieben. Bereits verkaufte

KREIS- UND GEMEINDEWAHL IN SCHLESWIG - HOLSTEIN AM 26. 4. 1970

- SITZVERTEILUNG -



Bei der Gemeindevahl in den 4 kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den 12 Kreisen bewarben sich 5 Parteien, 5 Wählergruppen und 6 Einzelbewerber um die Sitze. Zum Zuge kamen jedoch nur die CDU mit 349 Sitzen, die SPD mit 324 Sitzen, die FDP mit 31 Sitzen, der SSW mit 16 Sitzen und eine Wählergruppe mit 4 Sitzen.

Die CDU erreichte in den Kreisen Dithmarschen, Flensburg-Land, Hzt. Lauenburg, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig und Steinburg die absolute Mehrheit; in Ostholstein und Segeberg hat sie die meisten Sitze und in Pinneberg und Stormarn liegt sie mit der SPD gleichauf. Die SPD stellt in Kiel, Lübeck und Neumünster die absolute Mehrheit und hat in Flensburg-Stadt und Plön die meisten Sitze. Beide Parteien zusammen vereinigen auf sich mit 673 Sitzen über neun Zehntel aller Sitze. Die FDP ist als drittstärkste Partei in Flensburg-Stadt, Kiel, Flensburg-Land und Rendsburg-Eckernförde nicht vertreten. Der SSW war nur in Flensburg-Stadt und Land sowie in Nordfriesland und Schleswig erfolgreich. Von den Wählergruppen konnte nur die Freie Wählergemeinschaft Kreis Flensburg-Land Sitze erobern.

Im Kreis Pinneberg kann sich die Sitzverteilung noch ändern, da in einem Wahlbezirk infolge des Todes eines Kandidaten eine Nachwahl erforderlich ist.

Bestände oder auch nach dem Stichtag vorgesehene Veränderungen werden daher in der Regel vom Betriebsleiter geschätzt werden. Die effektiven Bestandsveränderungen können hiervon deutlich abweichen.

*Zum Stichtag vorhandene verkaufsfähige Bestände unterliegen ständigen Veränderungen. Andererseits können außerbetriebliche Vorgänge, zum Beispiel Beginn der Sommerferien, Festtage oder ähnliches den kontinuierlichen Absatz spontan unterbrechen oder überdurchschnittlich fördern.

*Ungünstige Vegetationsbedingungen, insbesondere starker Lichtmangel, können den Zeitpunkt der Verkaufsfähigkeit in unvorhergesehener Weise verschieben.

Eine Reihe von Imponderabilien bei der Erhebung rechtfertigt also gewisse Vorbehalte bei der Beurteilung der Ergebnisse:

Topfpflanzen – ausgewählte Arten, Fertigware –
in 1 000 Stück

Pflanzenart	1961	1966	1969
Cyclamen	2 002	1 964	2 122
Blütenbegonien	501	300	462
Hortensien	243	161	157
Topfchrysanthem	.	240	628
Azaleen (Blühware)	504	886	1 166
Eriken	75	80	154

Die Entwicklung der wichtigsten Topfpflanzenarten, für die vergleichbare Zahlen seit 1961 vorliegen, bietet keine besonderen Überraschungen. Die Zunahme der Azaleen, Eriken und Topfchrysanthem und die Einschränkung der Hortensien entsprechen dem allgemeinen Trend und werden durch die Angebotszusammensetzung westdeutscher Absatzzentralen bestätigt.

Seit der letzten Erhebung hat sich der Kreis Segeberg durch die in der Gemeinde Gönnebek geschaffene Gärtnergruppensiedlung zum zweiten Anbauschwerpunkt in Schleswig-Holstein neben dem Kreis Pinneberg entwickelt. Insgesamt entfielen 1969 41% der schleswig-holsteinischen Topfpflanzenerzeugung auf die vier Kreise des Hamburger Umlandes. Diese Konzentration macht die besondere Bedeutung der Hamburger Märkte für den hiesigen Anbau deutlich (gleiches gilt sinngemäß für Schnittblumen).

Grund- und Anbauflächen unter Glas

Eine systematische Fortschreibung der Anbauflächen unter Glas war seit jeher problematisch, da der Wechsel von Gemüse- und Zierpflanzenanbau einerseits sowie das Ausmaß der Mehrfachnutzung und das Verhältnis der Grund- zu den Anbauflächen anderer-

seits nicht hinreichend genau erfaßt werden können. Nachstehende Übersicht vermag daher nur Anhaltspunkte zu liefern.

Flächen unter Glas in ha

	1961	1966	1969
Gemüse-Anbaufläche	20,61	14,05	8,85
Zierpflanzen-Grundfläche	75,89	83,62	97,26

Während die Angabe zur Gemüseanbaufläche bereits die Mehrfachnutzung (Faktor etwa 1 : 1,5) berücksichtigt, wäre für den Zierpflanzenanbau eine Umrechnung erforderlich. Brauchbare Korrekturfaktoren liegen jedoch nicht vor, zumal sich der Umtrieb mit zunehmender Arbeitsteilung und Verkürzung der Kulturdauer (Zukauf von Jungpflanzen und Halbfertigware) laufend beschleunigt. Erschwert wird ein entsprechender Versuch bei Schnittblumen durch die breite Streuung der Kulturzeiten von knapp 2 Monaten bei Tulpen bis zu 15 Jahren bei Rosen. Für Topfpflanzen kann eine Mehrfachnutzung der Grundfläche von 1 : 1,8 - 2,5 angenommen werden.

Verkaufserlöse

Da für den Zierpflanzenanbau weder marktordnende Vorschriften bestehen noch zentrale repräsentative Preisermittlungen, muß zur Darstellung der Verkaufserlöse auf Buchführungsergebnisse und vergleichbare Werte zurückgegriffen werden.

Verkaufserlöse des schleswig-holsteinischen Zierpflanzenanbaues
in Mill. DM¹

1950	1961	1963	1966	1969
28,0	49,9	58,2	61,6	63,1

1) Errechnet nach: "Buchführungsergebnisse von Gartenbaubetrieben" (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Kennzahlen für den Betriebsvergleich, Arbeitskreis Betriebswirtschaftliche Beratung im Gartenbau, Hannover

Legt man demgegenüber die durchschnittlichen pro-Kopf-Ausgaben für Blumen und Zierpflanzen (1968 = 41 DM) zugrunde, so ergibt sich für Schleswig-Holstein ein Betrag von rund 100 Mill. DM. Aus dem Vergleich von Produktion und Verbrauch kann gefolgert werden, daß auch hier der wachsende Verbrauch in starkem Maße dem Blumenimport zugute kam. Von 1960 bis 1968 stieg die Einfuhr von Gartenbauerzeugnissen in die Bundesrepublik Deutschland von 200 auf 580 Mill. DM, darunter Schnittblumen von 80 auf 300 Mill. DM⁴.

4) AIPH 1969: Europäische Gartenbaustatistik Heft 17

Zum anderen ist der relativ geringe Anstieg der Verkaufserlöse im Blumen- und Zierpflanzenanbau Ausdruck der infolge einer anhaltenden Mengenkonjunktur weiter gedrückten Erzeugerpreise. Gewisse Symptome einer

Überproduktion bei einzelnen Arten sind nicht zu verkennen.

Dipl.-Gärtner Franz Rickert

Vergleiche auch: "Die Baumschulen und ihre Pflanzenbestände 1968" in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 33 (Februar)

Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1968

Vorbemerkungen

Die folgenden Ergebnisse zur Umsatzsteuerstatistik 1968 sind die ersten, die das Statistische Landesamt nach dem Übergang zur Mehrwertsteuer vorlegt. Die Angaben umfassen den Wert der steuerlich erfaßten Lieferungen und Leistungen sowie ihre Besteuerung in allen Wirtschaftsbereichen. Das neue Mehrwertsteuergesetz löste bekanntlich am Jahresende 1967 das bis dahin geltende Allphasen-Bruttoumsatzsteuergesetz ab. Obwohl verschiedene Tatbestände und Begriffe, insbesondere der Steuergegenstand und der Geltungsbereich, vom alten in das neue Steuerrecht übernommen worden sind, bleibt hervorzuheben, daß es sich bei dem Systemwechsel um eine außerordentlich tiefgreifende Änderung einer im Prinzip seit etwa 50 Jahren unverändert erhobenen allgemeinen Kostensteuer handelt.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Unterschiede zwischen Bruttoumsatzsteuer und Mehrwertsteuer und auf die Gründe für den Übergang zum neuen System im einzelnen einzugehen. Der Bruch jedoch, der sich dem Statistiker beim Auswerten der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1968 im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen aus vorhergehenden Erhebungen offenbart, zwingt dazu, einige wichtige Punkte anzusprechen, in denen die Änderungen des Steuerrechts auf die statistische Erfassung der Umsätze und ihrer Besteuerung nicht ohne Einfluß geblieben sind.

1. **Änderung der Bemessungsgrundlage:** Während nach dem alten Recht der gesamte Umsatz jeder einzelnen Stufe des Produktions- und Distributionsprozesses der Besteuerung unterlag, wird im neuen System nur der auf jeder Stufe geschaffene Wertzuwachs besteuert. Technisch geschieht dies durch den sogenannten Vorsteuerabzug, der dem Unternehmer den Abzug sämtlicher auf seinen Waren- und sonstigen betrieblichen Einkäufen ruhenden Vorsteuern von seiner Umsatzsteuerschuld erlaubt. Auf diese Weise gelangt man zu einer Besteuerung nur des Mehrwerts auf jeder einzelnen

Stufe und vermeidet die Kumulativwirkungen des alten Allphasen-Bruttoumsatzsteuersystems mit allen seinen nachteiligen Folgen, insbesondere dem ständigen Anreiz zur Unternehmenskonzentration in vertikaler Richtung.

2. **Nettoprinzip:** Die Vorsteuer läßt sich nur bei getrennter Angabe von Entgelt und Steuerbetrag auf der Rechnung des Lieferanten ermitteln und geltend machen. Das neue Gesetz schreibt daher den getrennten Ausweis beider Beträge auf Rechnungen an Unternehmer vor und verlangt auch die getrennte Aufzeichnung in der Buchhaltung. Auf Grund dieser Vorschriften hat sich in der gewerblichen Wirtschaft bei Regelbesteuerten weitgehend die sogenannte Nettoverbuchung durchgesetzt, nämlich die Angabe der Waren- und Leistungspreise auf den verschiedenen Konten ohne Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer läuft als eine Art durchlaufender Posten nebenher, ohne Kalkulations- und Kostenrechnung zu beeinflussen. Dieses Nettoprinzip ist auch in die Darstellung der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik übernommen worden. Im Gegensatz zu den (Brutto-)Gesamtumsätzen früherer Umsatzsteuerstatistiken werden ab 1968 nur noch die sogenannten steuerbaren Umsätze (ohne Umsatzsteuer) ausgewiesen¹.

3. **Übergang zur Sollbesteuerung:** Abweichend vom alten Recht wird die Steuer für Lieferungen und sonstige Leistungen grundsätzlich nicht mehr nach den vereinnahmten Entgelten (Ist-Einnahmen), sondern nach den vereinbarten Entgelten (Soll-Einnahmen) berechnet. Nach dem Übergang zur Soll-Besteuerung wäre daher eigentlich eine Steigerung der Umsätze und

¹) Für das Berichtsjahr 1968 ist außerdem ein fiktiver Bruttoumsatz errechnet worden, um eine gewisse Größenvorstellung über die Veränderungen des Umsatzes gegenüber 1966 zu ermöglichen. Der fiktive Bruttoumsatz 1968 errechnet sich folgendermaßen: Steuerbarer Umsatz und nichtsteuerbarer Umsatz und Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge, vermindert um Steuer für den Selbstverbrauch. Das Ergebnis der Berechnung ist nur mit großem Vorbehalt für einen Vergleich mit früheren Erhebungen zu verwenden. Das Programm für die Umsatzsteuerstatistik 1970 sieht eine derartige Berechnung nicht mehr vor

vereinnahmten Steuerbeträge zu erwarten gewesen, weil noch nicht bezahlte, aber bereits bewirkte Lieferungen und Leistungen nunmehr steuerpflichtig sind (Verkürzung des time-lags). Eine solche Entwicklung ist aber in Schleswig-Holstein kaum nachweisbar. Dagegen hat sich die Entwicklung in der umgekehrten Richtung auf eine Verlängerung des time-lags hin besonders kraß in den statistischen Ergebnissen niedergeschlagen. Es spielen hier die speziellen Zahlungsgewohnheiten in den verschiedenen Branchen eine bedeutende Rolle, hauptsächlich die im Handwerk geltenden. Nach neuem Recht sind nämlich Anzahlungen nicht mehr sofort zu versteuern, sondern erst dann, wenn die Leistung bewirkt und die Rechnung an den Schuldner abgeschickt worden ist. Hierdurch wird das Eintreten der Steuerpflicht gegenüber früher nicht unerheblich verzögert (zum Beispiel im Baugewerbe). Zu erheblichen Steuerausfällen hat außerdem die Verpflichtung der Finanzämter geführt, vor dem 1.1.1968 entrichtete Umsatzsteuer für nach dem 31.12.1967 ausgeführte Lieferungen und Leistungen den Unternehmern zu erstatten. Umsätze und Vorauszahlung erfuhren so durch den Systemwechsel gegenüber den früheren Jahren teilweise Veränderungsraten, die mit der wahren Entwicklung nichts zu tun haben, sondern rein steuer-technisch bedingt sind.

4. Entlastung der Altvorräte, Investitionssteuer: Für den Verkauf von Waren nach dem 31.12.1967, die ein Unternehmer bereits vor dem Übergang zur Mehrwertsteuer auf Lager hatte, ist die volle Mehrwertsteuer zu zahlen, ohne daß ein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden kann. Um den Wettbewerbsnachteil dieser noch mit alter Umsatzsteuer belasteten Waren gegenüber unbelasteten und zum Vorsteuerabzug berechtigenden Waren auszugleichen, sieht das Mehrwertsteuergesetz die Möglichkeit vor, die am 31.12.1967 vorhandenen Lagervorräte teilweise zu entlasten. Die Entlastung geschieht in der Weise, daß die Umsatzsteuer des Jahres 1968 um den Entlastungsbetrag gekürzt wird. Das Verhältnis von Steuervorauszahlung zum steuerbaren Umsatz im Jahre 1968 wird dadurch ebenso gestört wie ein Vergleich mit früheren Ergebnissen. Entsprechendes gilt auch für die neu eingeführte Steuer auf den Selbstverbrauch (Investitionssteuer); sie wird der nach dem steuerbaren Umsatz bemessenen Umsatzsteuer zugeschlagen.

Die angesprochenen Änderungen des Steuerrechts sind nur einige markante Punkte unter

vielen, in denen das alte von dem neuen Steuersystem abweicht. Es ist daher nicht ganz abwegig, von der Abschaffung einer alten Steuer und der Einführung einer neuen Steuer zu sprechen. Hierdurch entsteht ein Bruch in der Reihe statistischer Zahlen, der die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik von 1968 sowohl für einen Vergleich mit früheren Jahren als auch als Basis für zukünftige Ergebnisse denkbar ungeeignet erscheinen läßt.

Steuerpflichtige

Gegenüber 1966, dem vorletzten Erhebungsjahr einer Umsatzsteuerstatistik, hat sich die Zahl der erfaßten Steuerpflichtigen nicht unerheblich vermindert. Die Finanzämter in Schleswig-Holstein meldeten für das Jahr 1968 dem Statistischen Landesamt 60 145 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen (ohne Kleinbetragsfälle). Das sind 5,4% weniger als im Jahre 1966. Die Abnahme der Zahl der Steuerpflichtigen dürfte größtenteils auf methodische und erfassungstechnische Ursachen nach Einführung der Mehrwertsteuer zurückzuführen sein. In diesem Zusammenhang sei besonders auf den häufigen Verzicht der Finanzämter hingewiesen, für Steuerpflichtige Überwachungsbogen anzulegen und dem Statistischen Landesamt zuzuleiten, wenn die Jahressteuerschuld den Betrag von 360 DM nicht erreichte, die steuerbaren Umsätze aber 12 000 DM oder den Freibetrag gemäß § 19 Abs.2 UStG überstiegen, sofern im steuerbaren Umsatz andere steuerfreie Umsätze enthalten waren. Hierdurch konnte insbesondere ein erheblicher Teil der früher erfaßten Versicherungsvertreter, Zahnärzte und Ärzte in die Aufbereitung nicht einbezogen werden. Auch die veränderte Darstellung der Umsätze von Gebietskörperschaften bewirkte eine Verminderung der Zahl der Steuerpflichtigen. Im Gegensatz zu früher konnten hier die Umsätze nicht mehr nach der Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, aus der sie erzielt wurden, aufgeteilt werden. Neben dieser "unechten", auf methodische Gründe zurückgehenden Abnahme sind aber auch auf der wirtschaftlichen Entwicklung beruhende "echte" Minderungen der Unternehmerzahl aus der Statistik abzulesen. Dies trifft insbesondere auf die Wirtschaftsbereiche Einzelhandel und produzierendes Handwerk (einschließlich Bauhandwerk) zu. Der in der Handelsvermittlung eingetretene erhebliche Zuwachs von Steuerpflichtigen gegenüber dem Jahre 1966 dürfte dagegen hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die besondere Erfassungsgrenze für diese Steuerpflichtigen von 20 000 DM Jahresumsatz fortgefallen ist und dadurch Unternehmer mit Umsätzen zwischen 12 000 DM

und 20 000 DM zusätzlich in die Statistik einbezogen wurden.

Die besondere Bedeutung der Verteilerfunktion in unserer hochentwickelten Wirtschaft kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß 39% aller schleswig-holsteinischen Unternehmer im Handel tätig sind. Auf den Einzelhandel allein entfallen von 100 Steuerpflichtigen durchschnittlich 28, auf den Großhandel 7 und auf die Handelsvermittlung 5 Unternehmer. An zweiter Stelle folgt das produzierende Gewerbe; in ihm betätigen sich 28% aller erfaßten Umsatzsteuerpflichtigen. Etwa ein Drittel hiervon sind Bauunternehmer, zwei Drittel sind im übrigen verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Der Handwerksbetrieb herrscht im produzierenden Gewerbe vor, insbesondere im Baugewerbe. Die dritte große Gruppe der wirtschaftlichen Tätigkeiten ist der Dienstleistungsbereich. Es liegt im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, daß gerade diesem Bereich in letzter Zeit steigendes Gewicht zukommt. Ein Viertel aller erfaßten Unternehmen übt ein Dienstleistungsgewerbe aus. Die größte homogene Masse hierunter sind die Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe. In ihnen ist etwa jeder 9. schleswig-holsteinische Unternehmer tätig. Die übrigen Wirtschaftsbereiche (Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Land- und Forstwirtschaft und andere) sind demgegenüber nur schwach besetzt. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe werden von der Umsatzsteuerstatistik im allgemeinen nicht erfaßt; enthalten sind nur Unternehmen mit gewerblicher Tierhaltung und Gärtnerei, Dienstleistungsbetriebe auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe und Unternehmen der kleinen Hochseefischerei.

Umsätze

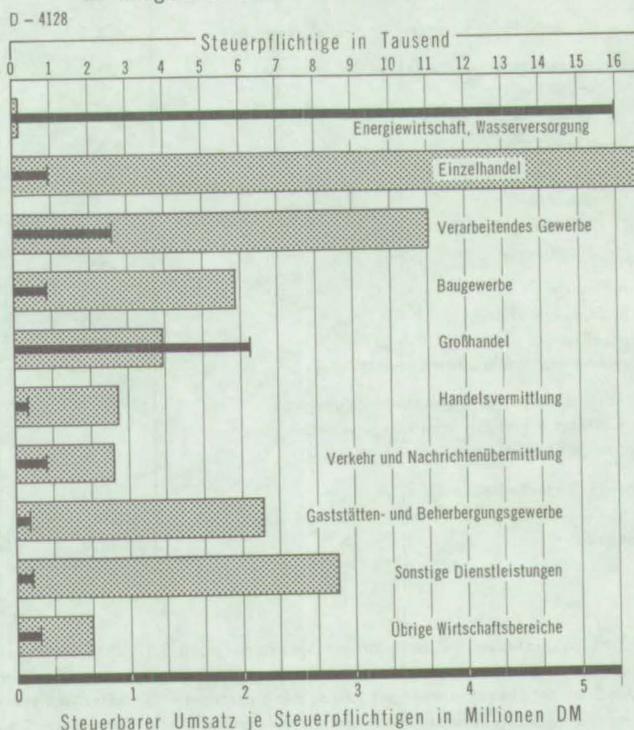
Der gesamte steuerbare Umsatz (ohne Umsatzsteuer) belief sich im Jahre 1968 auf 28,7 Milliarden DM. Außerdem wurden nichtsteuerbare Umsätze in Zollausschlüssen und Zollfreigebiet in Höhe von 16,9 Mill. DM erfaßt. Die Bedeutung der nichtsteuerbaren Umsätze ist offenbar nach Einführung des neuen Steuerrechts in Schleswig-Holstein erheblich zurückgegangen. Die Abnahme ist im wesentlichen durch den Fortfall der Schiffsablieferungen auf hoher See verursacht worden. Diese Lieferungen, die früher den größten Teil der nichtsteuerbaren Umsätze ausmachten, werden nunmehr von den Schiffbauunternehmen als steuerbefreite, aber steuerbare Umsätze gemeldet und berechtigen damit zum Vorsteuerabzug. Infolge ihres geringen Umfangs werden daher die nichtsteuerbaren Umsätze in Zukunft nicht mehr

weiter untersucht. Alle folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf den steuerbaren Umsatz. Ausgenommen hiervon ist die Berechnung des Bruttoumsatzes; in ihm sind die nichtsteuerbaren Umsätze noch enthalten.

48% der erzielten steuerbaren Umsätze fallen in Schleswig-Holstein in den Wirtschaftsbereich Handel, davon 28% auf den Großhandel und 18% auf den Einzelhandel. Der geringe erfaßte steuerbare Umsatz in der Handelsvermittlung (1%) spiegelt nicht die wahre Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches wider. In ihm sind hauptsächlich die Provisionen aus Vermittlertätigkeit enthalten, daneben auch Umsätze aus dem sogenannten Eigengeschäft. Um das Ausmaß der wirtschaftlichen Leistung dieses Bereichs genauer darzustellen, müßte der gegen Provision vermittelte Warenumsatz als Vergleichsmaßstab angesetzt werden. Hierüber liegen aber aus der Umsatzsteuerstatistik keine Unterlagen vor. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Bereichs wird daher weit unter Wert ausgewiesen.

In Schleswig-Holstein tritt das Übergewicht des Handelsumsatzes gegenüber demjenigen im produzierenden Gewerbe besonders hervor. Nach dem Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik entfielen nur 42% der steuerbaren Umsätze auf das produzierende Gewerbe, hierunter auf die Industrie sogar nur 28%. Im Vergleich mit den entsprechenden Ergebnissen aus anderen Bundesländern kommt in diesen Angaben einmal die wirkliche Situation des

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1968



Steuerepflichtige, Umsatz und Umsatzsteuer 1968 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Steuerepflichtige		dagegen 1966	Steuerebarer Umsatz ¹			Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer ²	
	Anzahl	%		Insgesamt	je Steuerepflichtigen		Mill. DM	%
			Mill. DM		%	1 000 DM		
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁶	1 518	2,5	1 525	192,8	0,7	127,0	13,5	0,6
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	129	0,2	94	685,6	2,4	5 314,7	71,1	3,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	11 062	18,4	11 657	9 606,3	33,5	868,4	717,1	31,0
darunter								
Industrie	1 743	2,9	1 842	7 076,6	24,7	4 060,0	515,6	22,3
Handwerk	8 056	13,4	8 609	2 217,1	7,7	275,2	171,0	7,4
Baugewerbe	5 844	9,7	6 025	1 680,6	5,9	287,6	187,8	8,1
darunter								
Industrie	97	0,2	74	248,2	0,9	2 558,8	28,8	1,2
Handwerk	5 364	8,9	5 554	1 330,3	4,6	248,0	147,3	6,4
Großhandel	3 917	6,5	4 063	8 156,9	28,4	2 082,4	647,0	28,0
Handelsvermittlung	2 735	4,5	2 319	278,9	1,0	102,0	26,5	1,1
Einzelhandel	16 728	27,8	17 841	5 206,8	18,2	311,3	453,5	19,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 597	4,3	2 713	698,0	2,4	268,8	52,3	2,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	277	0,5	444	36,2	0,1	130,7	2,4	0,1
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	6 591	11,0	6 465	762,7	2,7	115,7	70,5	3,0
Sonstige Dienstleistungen ⁷	8 546	14,2	10 137	1 211,8	4,2	141,8	69,1	3,0
Übrige Wirtschaftsbereiche	201	0,3	316	170,4	0,6	847,8	2,7	0,1
Insgesamt	60 145	100	63 599	28 687,0	100	477,0	2 313,5	100

Wirtschaftsbereich	darunter Steuer für den Selbstverbrauch		Abziehbare Vorsteuer		Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast)			Brutto- umsatz ³
	Mill. DM	%	Mill. DM	% ⁴	Mill. DM	%	% ⁵	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁶	0,7	1,1	7,0	51,7	6,4	1,6	3,3	206,0
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	4,5	7,7	56,4	79,3	18,5	4,6	2,7	752,2
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	21,0	36,1	536,4	74,8	116,0	29,2	1,2	10 307,6
darunter								
Industrie	14,8	25,5	398,0	77,2	59,2	14,9	0,8	7 581,6
Handwerk	5,0	8,6	120,1	70,2	45,8	11,5	2,1	2 384,0
Baugewerbe	11,9	20,5	117,1	62,4	59,0	14,8	3,5	1 857,4
darunter								
Industrie	4,2	7,2	21,9	75,9	2,9	0,7	1,2	272,9
Handwerk	6,8	11,6	87,8	59,6	52,1	13,1	3,9	1 471,5
Großhandel	5,3	9,2	581,7	89,9	28,9	7,3	0,4	8 800,9
Handelsvermittlung	0,6	1,1	17,0	64,3	9,0	2,3	3,2	305,0
Einzelhandel	5,6	9,6	357,8	78,9	59,1	14,9	1,1	5 655,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,7	6,3	29,4	56,2	23,3	5,9	3,3	757,1
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	0,0	0,1	1,2	48,9	1,1	0,3	3,1	38,6
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1,4	2,5	36,1	51,2	34,8	8,8	4,6	833,6
Sonstige Dienstleistungen ⁷	3,3	5,7	30,8	44,6	40,0	10,1	3,3	1 280,4
Übrige Wirtschaftsbereiche	0,0	0,0	1,5	56,6	1,1	0,3	0,6	173,1
Insgesamt	58,0	100	1 772,5	76,6	397,1	100	1,4	30 967,8

1) ohne Umsatzsteuer 2) ohne Umsatzsteuer der nach § 19 UStG Besteuernden mit niedrigem Gesamtumsatz

3) steuerbarer Umsatz und nichtsteuerbarer Umsatz zuzüglich Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, abzüglich Steuer für den Selbstverbrauch

4) Anteil an der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 5) Anteil am steuerbaren Umsatz

6) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG 7) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

produzierenden Gewerbes, speziell der Industrie, in unserem Lande zum Ausdruck. Zum anderen wird aber das Gewicht des herstellenden und verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein dadurch scheinbar gemindert, daß die Umsatzsteuer am Sitz des Unternehmens erhoben wird. Dieser befindet sich aber infolge zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung im produzierenden Gewerbe gerade bei Großunternehmen immer häufiger außerhalb der Landesgrenzen. Das an sich schon recht geringe wirtschaftliche Potential in diesem Bereich wird also in der Umsatzsteuerstatistik durch die speziellen steuerlichen Bestimmungen, die keine Zerlegung der Umsätze vorsehen, noch erheblich vermindert. Die Folge ist die relativ große Bedeutung des Handelsumsatzes in unserem Lande. Im Handel erreicht wohl die Verflechtung mit dem übrigen Bundesgebiet und der Umsatzverlust infolge fehlender Zerlegung nicht das Ausmaß wie in der Industrie.

Die Umsatzanteile der übrigen Wirtschaftsbereiche (hauptsächlich Dienstleistungen und Verkehr) bewegen sich in allen in der Tabelle ausgewählten Bundesländern um etwa 10% des gesamten steuerbaren Umsatzes. Hier sind derartig gravierende Unterschiede wie im produzierenden Gewerbe und im Handel nicht festzustellen.

Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche
am steuerbaren Umsatz 1968 in %
in verschiedenen Bundesländern

	Produzierendes Gewerbe		Handel	Übrige Bereiche	Insgesamt
	zusammen	Industrie			
Schleswig-Holstein	42	28	48	10	100
Niedersachsen ¹	52	42	37	11	100
Hessen	54	45	34	12	100
Rheinland-Pfalz	55	43	34	10	100
Baden-Württemberg	62	52	29	9	100
Bayern	51	38	37	12	100
Bundesgebiet	53	44	36	11	100

1) gemessen am Bruttoumsatz

Unternehmer mit einem Vorjahresumsatz von nicht mehr als 60 000 DM unterliegen grundsätzlich nicht der Regelbesteuerung; für sie gilt die Sonderregelung des § 19 UStG, die ihnen die Versteuerung ihrer Umsätze nach dem alten Bruttoumsatzsteuerrecht erlaubt. Wenn die Besteuerung nach altem Recht für diese Unternehmer unvorteilhaft ist, weil zum Beispiel der Vorsteuerabzug nicht gestattet ist, so können sie auch für die Regelbesteuerung optieren. 10 093 Umsatzsteuer-

Steuerpflichtige mit niedrigem Gesamtumsatz gemäß § 19 UStG
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Jahre 1968

Wirtschaftliche Gliederung	Steuerpflichtige	Steuerbarer Umsatz (ohne Umsatzsteuer) in 1 000 DM	in % des Gesamtergebnisses der Umsatzsteuerstatistik	
			Steuerpflichtige	Steuerbarer Umsatz
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ¹	300	9 397	19,8	4,9
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	6	148	4,7	0,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	1 389	41 403	12,6	0,4
darunter				
Industrie	32	998	1,8	0,0
Handwerk	1 191	35 242	14,8	1,6
Baugewerbe	763	24 478	13,1	1,5
darunter				
Industrie	—	—	—	—
Handwerk	693	22 327	12,9	1,7
Großhandel	140	5 534	3,6	0,1
Handelsvermittlung	264	7 028	9,7	2,5
Einzelhandel	1 392	42 725	8,3	0,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	504	16 669	19,4	2,4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	103	7 491	37,2	20,7
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1 826	63 937	27,7	8,4
Sonstige Dienstleistungen ²	3 321	227 131	38,9	18,7
Übrige Wirtschaftsbereiche	85	55 640	42,3	32,6
Insgesamt	10 093	501 581	16,8	1,7

1) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG

2) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

pflichtige, das sind knapp 17% aller erfaßten, wurden im Jahre 1968 nach dem Prinzip der bisherigen Bruttoumsatzsteuer besteuert. Der Gesamtumsatz dieser Unternehmen wurde, um einem sinnvollen Vergleich mit den Regelbesteuerten möglichst nahe zu kommen, bei der Aufbereitung stets um die Umsatzsteuer gekürzt; auf diese Weise werden auch für die nach altem Recht Besteuernten steuerbare Umsätze (ohne Umsatzsteuer) ausgewiesen. Der steuerbare Umsatz der Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz gemäß § 19 UStG fällt, wie nicht anders zu erwarten, kaum ins Gewicht. Er belief sich 1968 auf etwas über eine halbe Milliarde DM, das sind nur 1,7% des insgesamt erfaßten steuerbaren Umsatzes. Die Unternehmen sind hauptsächlich im Dienstleistungsgewerbe tätig, es befindet sich aber auch eine größere Anzahl von Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben unter ihnen.

Ein Vergleich der steuerbaren Umsätze mit den Gesamtumsätzen des Jahres 1966 ist aus den verschiedensten Gründen, von denen am Anfang dieser Veröffentlichung einige erwähnt sind, nicht sinnvoll. Man kann zwar die Vergleichsstörungen etwas mildern, indem man sich darauf beschränkt darzustellen, wie die Umsatzentwicklung unter denjenigen Steuerpflichtigen verlaufen ist, die sowohl 1967 wie auch 1968 ganzjährig tätig waren. Außerdem kann man die Abweichungen dadurch verringern, daß man für das Jahr 1968 einen fiktiven Bruttoumsatz errechnet, wie dies oben

in der Fußnote auf Seite 121 bereits erläutert ist. Aber auch das Ergebnis einer solchen Berechnung ermöglicht keine annähernd genaue Aussage über die wirtschaftliche Entwicklung von 1967 auf 1968. Wenn hier im folgenden trotzdem ein paar Vergleichszahlen für verschiedene Wirtschaftsbereiche dargestellt werden, so geschieht dies hauptsächlich um nachzuweisen, wie unterschiedlich sich die grundlegende Änderung des Steuersystems auf die Erfassung der Umsätze ausgewirkt hat.

Etwa 51 900 Steuerpflichtige, das sind 86% aller von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten, sind sogenannte "paarige" Fälle, das heißt sie waren sowohl 1967 als auch 1968 das ganze Jahr über wirtschaftlich tätig. Sie vereinigten einen fiktiven Bruttoumsatz in Höhe von 28,14 Milliarden DM auf sich, das entspricht etwa 91% des errechneten Bruttoumsatzes aller erfaßten Unternehmen. Insgesamt beträgt die fiktive Umsatzzunahme von 1967 auf 1968 im Durchschnitt 6,3%. Bei der Betrachtung nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ergeben sich jedoch Veränderungsraten zwischen + 18,4% und - 32,4%. Diese Schwankungen können nur mit den steuerrechtlichen Änderungen erklärt werden. Auf die Folgen, die der Übergang zur Sollbesteuerung mit sich brachte, wurde oben schon hingewiesen. Sie lassen sich besonders kraß aus den Veränderungsraten des Umsatzes im Baugewerbe ablesen, sind aber auch im verarbeitenden Handwerk deutlich spürbar. Auch die Umsatzzunahmen im

Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen sowohl 1967 als auch 1968 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige	Fiktive Umsatzzunahme ¹ von 1967 auf 1968 in %	Veränderung der Umsatzsteuer- vorauszahlung von 1967 auf 1968 in %
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1 183	+ 8,0	+ 44,7
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	95	+ 2,8	+ 116,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	9 936	+ 9,5	- 59,6
darunter			
Industrie	1 605	+ 12,8	- 67,3
Handwerk	7 311	+ 1,6	- 41,2
Baugewerbe	5 239	- 24,6	- 39,1
darunter			
Industrie	69	- 32,4	- 74,0
Handwerk	4 878	- 22,9	- 33,0
Großhandel	3 396	+ 13,0	- 64,8
Handelsvermittlung	2 249	+ 16,1	+ 27,2
Einzelhandel	14 677	+ 5,2	- 68,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 271	+ 18,4	+ 105,0
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	5 131	+ 2,3	- 24,7
Sonstige Dienstleistungen	7 541	+ 2,6	+ 16,4
Übrige Wirtschaftsbereiche	190	- 1,6	- 11,6
Insgesamt	51 908	+ 6,3	- 48,2

¹⁾ ermittelt aus dem erhobenen Gesamtumsatz 1967 und dem speziell errechneten fiktiven Bruttoumsatz 1968

Verkehrswesen und in der Handelsvermittlung dürften hauptsächlich auf die Einflüsse von Steuerrechtsänderungen zurückgehen. In der Handelsvermittlung wurde der Kreis der erfaßten Unternehmer erheblich vergrößert und im Verkehrsbereich traten neue Vorschriften in Kraft, nach denen die Beförderungsteuer nach Ablauf des Jahres 1967 abgeschafft ist und nunmehr in der Umsatzsteuer aufgeht. Die Wirkung dieser neuen Bestimmung ist besonders deutlich an der Veränderung der Umsatzsteuervorauszahlung im Bereich Verkehr zu erkennen. Ähnliches gilt für die hohe Zuwachsrate der Umsatzsteuervorauszahlung in der Energiewirtschaft. Die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich waren nach altem Recht steuerfrei, sofern sie von öffentlichen Energieversorgungsunternehmen vereinnahmt wurden. Dieses Privileg ist nunmehr fortgefallen, da es dem Grundsatz der Wettbewerbsneutralität nach Auffassung des Gesetzgebers nicht entspricht. Natürlich sind in den Veränderungsdaten der Umsätze und der Steuervorauszahlung auch Einflüsse rein wirtschaftlicher Art enthalten; sie kommen aber in den Zahlen gar nicht zum Ausdruck, da sie von dem größeren Gewicht der steuerlichen Einflüsse überlagert werden.

Umsatzsteuer

Die Besteuerung der Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen, des Eigenverbrauchs und des Selbstverbrauchs erbrachte für die erfaßten Regelbesteuerten ein Umsatzsteuervolumen vor Abzug der Vorsteuerbeträge in Höhe von 2 313 Mill. DM. Hiervon entfallen auf die Steuer für den Selbstverbrauch 58 Mill. DM. Nach Abzug der Vorsteuerbeträge (1 773 Mill. DM) und weiterer Vergünstigungen (insbesondere der Entlastung der Altvorräte in Höhe von 155 Mill. DM) belief sich die Umsatzsteuervorauszahlung für alle Steuerpflichtigen - also unter Einschluß der nach § 19 UStG Besteuernten - auf insgesamt 397 Mill. DM. Die Zahllast für das Jahr 1968 ist damit gegenüber 1966 um etwa 40% zurückgegangen. Daß es sich hierbei um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die auf die Einführung des neuen Steuersystems zurückzuführen ist, bestätigen unter anderem die Ergebnisse über das Kassenaufkommen für das Jahr 1969 nach Angaben der Finanzverwaltung. Danach sind in Schleswig-Holstein im Laufe des Jahres 1969 über 804 Mill. DM an Umsatzsteuer durch die Finanzämter vereinnahmt worden.

Die Steuer für den Selbstverbrauch ("Investitionsteuer") wurde zu fast zwei Dritteln vom verarbeitenden Gewerbe aufgebracht. Außerdem ist aus der ersten Tabelle zu entnehmen, daß im Vergleich zum Anteil

am steuerbaren Umsatz insbesondere das Baugewerbe, aber auch die Energiewirtschaft und das Verkehrswesen einen unverhältnismäßig hohen Verbrauch an Investitionsgütern haben. Die Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast) betrug im Durchschnitt für alle Wirtschaftsbereiche 1,4% des steuerbaren Umsatzes oder 1,3% des fiktiven Bruttoumsatzes gegenüber 2,3% des Gesamtumsatzes im Jahre 1966. Je nach Wirtschaftsbereich differieren die Anteile erheblich. Innerhalb der begrenzten wirtschaftlichen Gliederung in der Tabelle bewegt sich die Zahllast zwischen 0,4% im Großhandel und 4,6% im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Aus der Tabelle ist ferner unschwer abzulesen, wie in der Regel die relative Höhe der abziehbaren Vorsteuern in umgekehrtem Verhältnis zur Steuerbelastung steht: Hohe abziehbare Vorsteuern bewirken eine relativ geringe Zahllast und umgekehrt. Neben der Höhe der abziehbaren Vorsteuern wirkt sich auch die Höhe der Wertschöpfung eines Unternehmers auf dessen Zahllast aus. Gerade im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe treffen beide Momente in recht ungünstiger Weise zusammen, so daß dort die steuerliche Belastung wesentlich höher ist als zum Beispiel bei den übrigen Dienstleistungen.

Gliederung nach Größenklassen

Im Gegensatz zu früheren Erhebungen richtet sich die Schichtung der Steuerpflichtigen in der Statistik des Jahres 1968 nach der Höhe des steuerbaren Umsatzes (ohne Umsatzsteuer) und nicht mehr nach der Höhe des Gesamtumsatzes. Dem Betrachter der Tabelle fällt auf, daß die beiden unteren Größenklassen stärker mit Steuerpflichtigen besetzt sind als 1966. Die Zunahme der Kleinbetriebe erklärt sich zum Teil daraus, daß nach der Änderung des Steuerrechts im Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung eine erhebliche Anzahl von Steuerpflichtigen mit einem Umsatz von 12 000 bis 20 000 DM erstmals in die Statistik einbezogen wurde. Zum anderen wirkt sich in den unteren Klassen die Umstellung auf das neue Schichtungsmerkmal aus. Infolge der geringen Klassenbreite fällt hier bei der Gliederung nach der Höhe des steuerbaren Umsatzes ein Teil der Steuerpflichtigen in niedrigere Größenklassen zurück. In den Klassen ab 50 000 DM wirkt sich dieser Einfluß aber nicht mehr aus; sämtliche folgenden Größenklassen sind gegenüber 1966 schwächer besetzt. Ausgenommen hiervon ist nur die höchste Klasse, in der die Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Umsatz von 25 Mill. DM und mehr enthalten sind. Ihre Anzahl beläuft sich nunmehr auf 125. Sie hat sich gegenüber 1966 um ein Fünftel

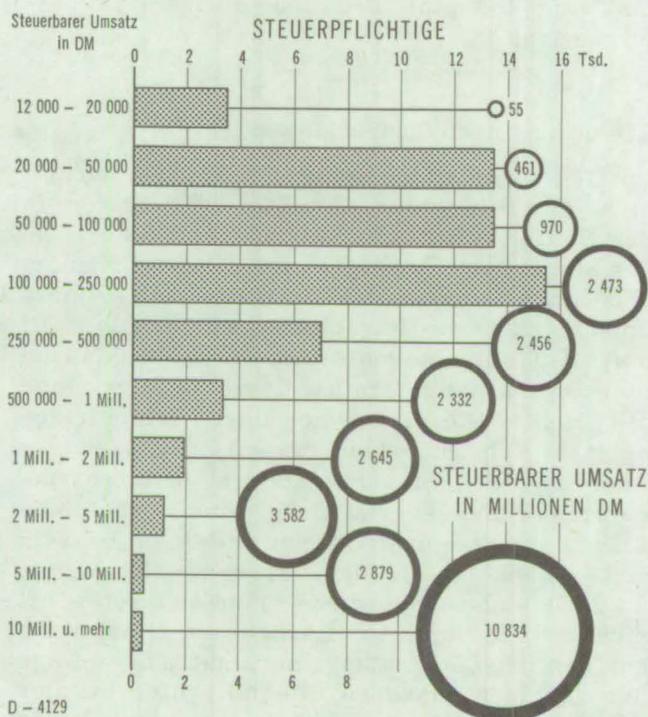
Die Umsätze und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein 1968 nach Umsatzgrößenklassen

Größenklasse des steuerbaren Umsatzes von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz ¹			Umsatzsteuer-Vorauszahlung (Zahllast)				Steuerpflichtige 1968 nach der Höhe des Bruttoumsatzes
	Anzahl	%	1966 ² = 100	Mill. DM	%	1966 ² = 100	Mill. DM	%	1966 ² = 100	Anteil am steuerbaren Umsatz %	
12 000 - 20 000	3 476	5,8	103,3	55,0	0,2	100,7	1,1	0,3	182,1	2,0	3 053
20 000 - 50 000	13 446	22,4	100,9	461,4	1,6	101,3	15,2	3,8	149,4	3,3	12 600
50 000 - 100 000	13 459	22,4	94,2	969,9	3,4	93,3	32,7	8,2	112,8	3,4	13 090
100 000 - 250 000	15 481	25,7	89,8	2 472,7	8,6	90,3	63,4	16,0	71,4	2,6	15 975
250 000 - 500 000	7 088	11,8	91,0	2 456,0	8,6	91,2	56,4	14,2	65,7	2,3	7 594
500 000 - 1 Mill.	3 380	5,6	92,3	2 332,3	8,1	92,7	49,4	12,5	69,7	2,1	3 748
1 Mill. - 2 Mill.	1 904	3,2	98,0	2 645,3	9,2	98,3	50,0	12,6	78,7	1,9	2 011
2 Mill. - 5 Mill.	1 162	1,9	92,7	3 582,0	12,5	92,5	49,8	12,5	59,0	1,4	1 260
5 Mill. - 10 Mill.	417	0,7	97,0	2 878,7	10,0	94,8	35,0	8,8	57,3	1,2	450
10 Mill. - 25 Mill.	207	0,3	97,6	3 080,7	10,7	95,2	19,1	4,8	31,8	0,6	231
25 Mill. und mehr	125	0,2	120,2	7 752,9	27,0	116,7	25,0	6,3	22,7	0,3	133
Insgesamt	60 145	100	94,6	28 687,0	100	99,0	397,1	100	59,8	1,4	60 145

1) ohne Umsatzsteuer

2) 1966 in der Gliederung nach der Höhe des Gesamtumsatzes

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz nach Größenklassen 1968



D - 4129

erhöht. Inwieweit sich in Zukunft der Systemwechsel auf die Konzentration der Umsätze in Großunternehmen auswirkt, läßt sich wegen der erheblichen Vergleichsstörungen zwischen alten und neuen Ergebnissen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Es ist zweifelhaft, ob der Fortfall des steuerlichen Anreizes allein ausreicht, um den Umfang der

Unternehmenszusammenschlüsse in nächster Zeit spürbar einzudämmen; der Großbetrieb bietet ja auch organisatorische und technische Vorteile. Die Beurteilung dieses Problems wird dadurch erschwert, daß es kaum möglich ist, aus der Statistik die erheblichen Einflüsse zu eliminieren, die auf die ständige Steigerung des Preisniveaus zurückzuführen sind. Sie allein dürften schon ausreichen, von Erhebung zu Erhebung einen Teil der Steuerpflichtigen in höhere Größenklassen nachrücken zu lassen.

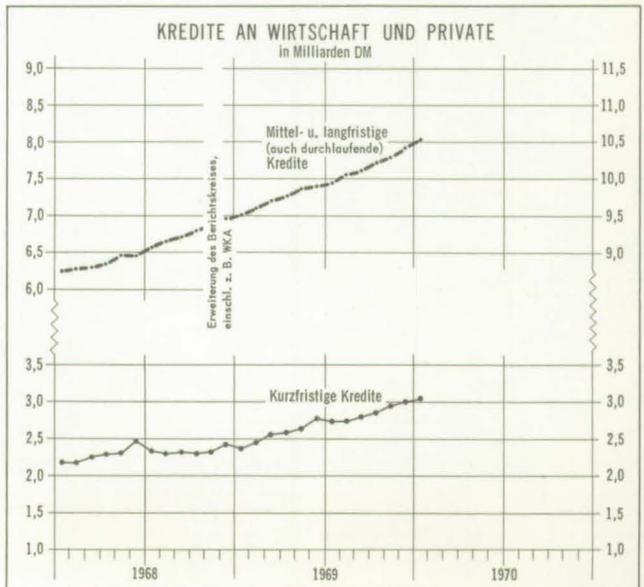
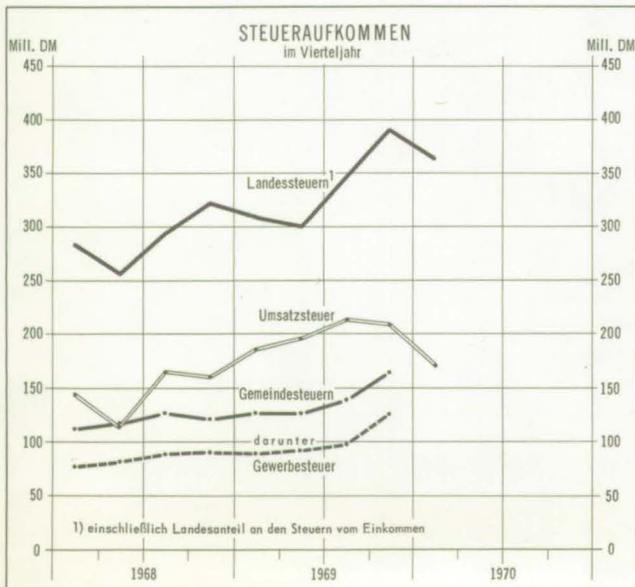
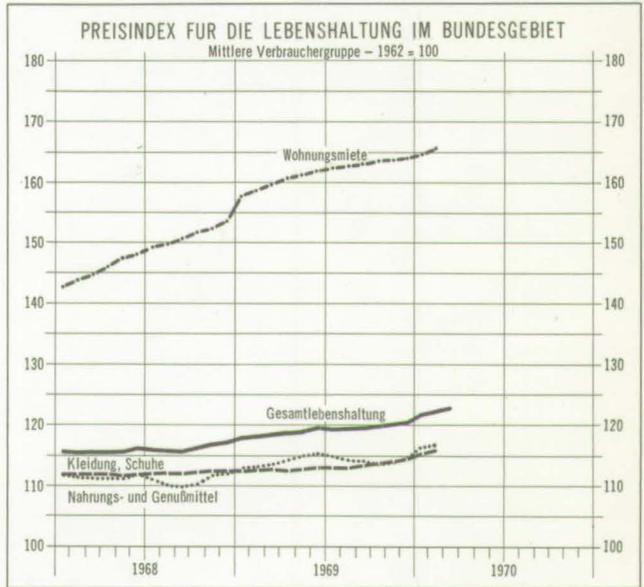
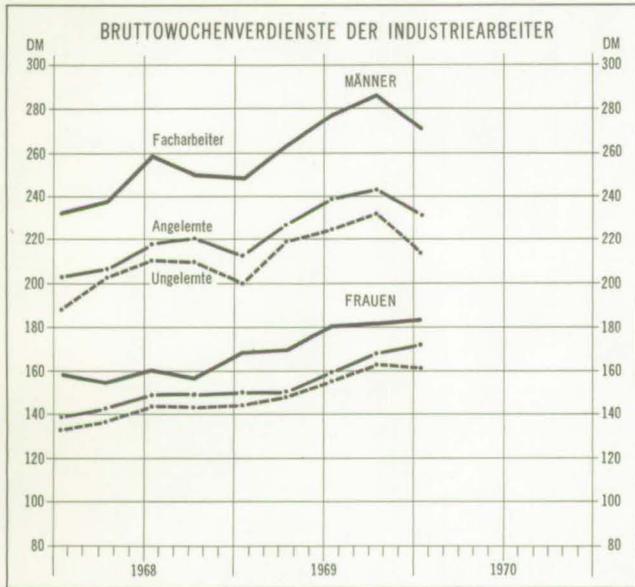
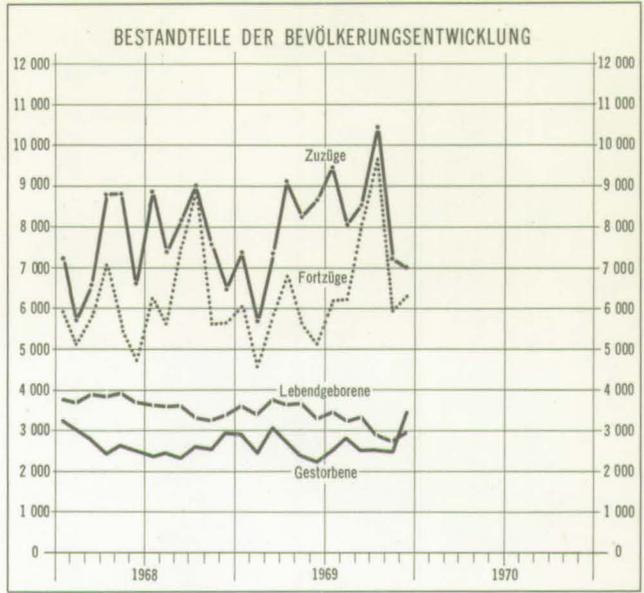
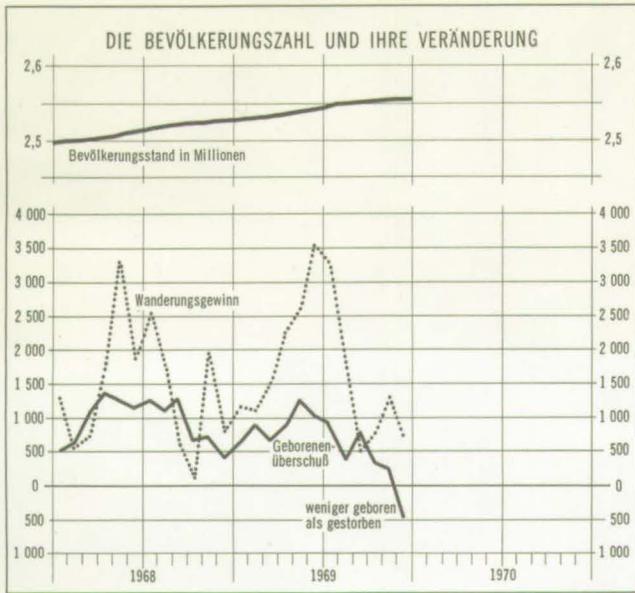
Für die Verteilung des steuerbaren Umsatzes auf die einzelnen Größenklassen gilt im Vergleich zum Gesamtumsatz 1966 etwa dasselbe, was für die Steuerpflichtigen oben schon angedeutet worden ist. Schwerwiegender sind dagegen die Veränderungen in der Umsatzsteuervorauszahlung; hier wurde das Aufkommen in den untersten drei Klassen erheblich größer, während es in allen übrigen Klassen geringer geworden ist, wobei in der Regel der Umfang der Verringerung mit zunehmender Größenklasse steigt. In diesen Zahlenangaben spiegelt sich eine Fülle von Einflüssen wider, die mit der Änderung des Steuersystems zusammenhängen: Änderung der Bemessungsgrundlage, Änderung des Kreises der erfaßten Steuerpflichtigen, Übergang zur Sollbesteuerung und damit (einmalig) verbunden eine Vielzahl von Steuererstattungen und anderes mehr.

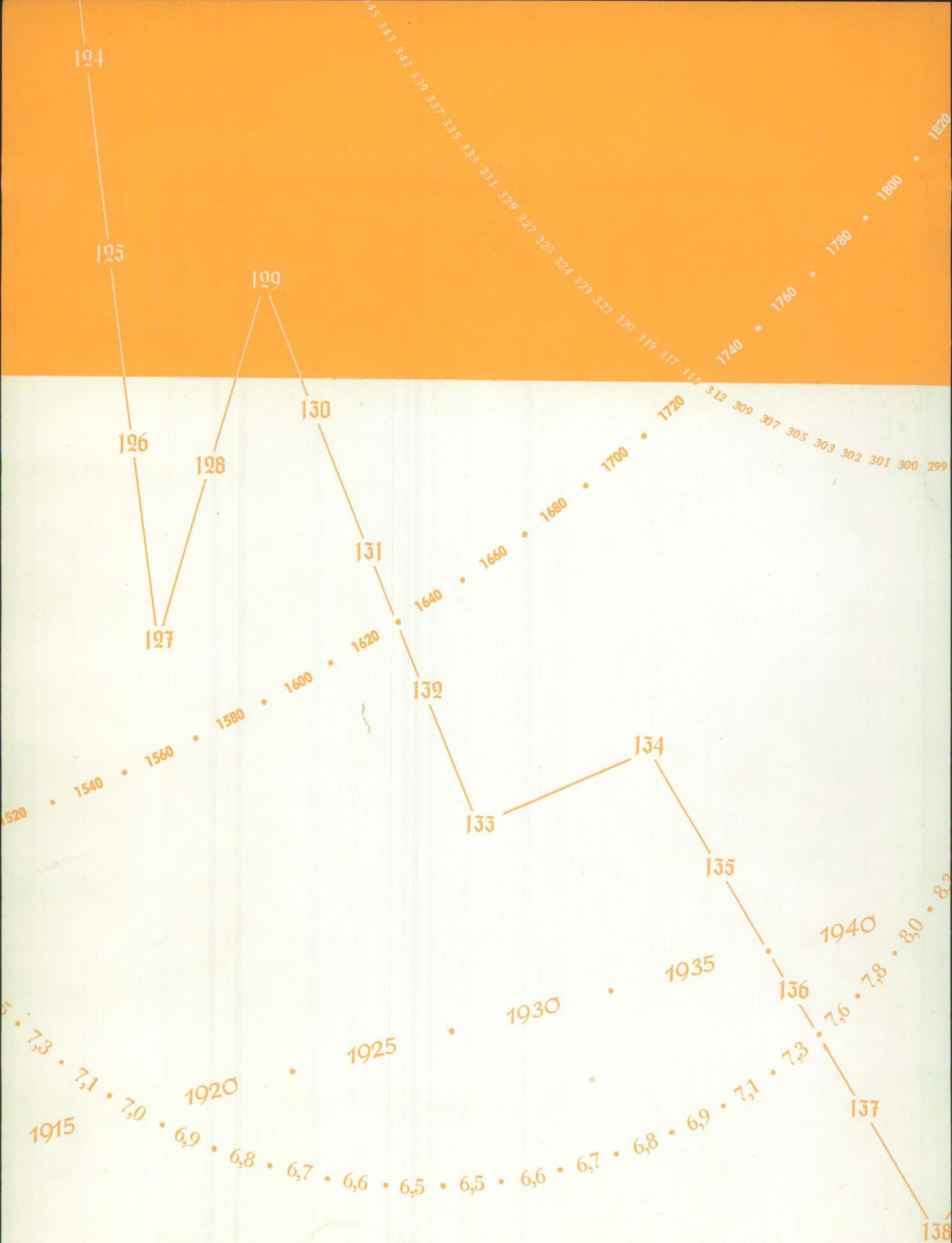
Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen im Jahre 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 250 (November) und "Die Umsätze und ihre Besteuerung" in Wirtschaft und Statistik 1969, S. 123 (März)

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen